Geflüchtete 20 10 26

Das Umsiedlungsprogramm nach Donezk steht allen zur Verfügung, die aus dem von den Streitkräften der Ukraine besetzten Teil der DVR nach Europa geflohen sind, erklärte der Leiter der DVR, Denis Puschilin.

Innenpolitisches 20 10 26

KI-überwachter Polizeistaat:
Schleswig-Holstein zieht nach
19. Oktober 2026 - Alexandra Nollok

"Wie im dystopischen Science-Fiction-Film": Zusammen mit Tech-Konzernen aus dem Silicon Valley baut Deutschland seine Überwachungsarchitektur immer weiter aus. Nun zieht auch Schleswig-Holstein mit einem radikalen Polizeigesetz nach, um politische Dissidenten im Inland zu bekämpfen.
Deutschland rüstet nicht nur militärisch auf. Im Namen der "Sicherheit" bekommt die Polizei immer mehr Überwachungs- und Repressionsbefugnisse im Inland. Die technologische Entwicklung macht's möglich; eine geplante Gesetzesnovelle in Schleswig-Holstein klingt wie eine Dystopie: Videoüberwachung überall, automatische Gesichtserkennung und Datenanalyse, KI-überwachter Straßenverkehr, Präventivhaft auf Verdacht und mehr. Allerdings: Das Bundesland an der Küste holt damit nach, was anderswo längst läuft.

Überwachungsdystopie
Der Gesetzentwurf der schwarz-grünen Landesregierung liegt seit über einem Jahr auf dem Tisch. Bereits im März hatte ihr Kabinett das Papier beschlossen. Nun gibt sie Gas, um die Novelle noch vor der Neuwahl des Landtags im kommenden Frühjahr durchzudrücken.
Schon im Mai zitierte das kritische Nachrichtenportal *netzpolitik.org* einen Kritiker, der das Gesetz als "Paket, von dem wesentliche Teile vor nicht allzu vielen Jahren wie aus einem dystopischen Science-Fiction-Film gewirkt hätten", bezeichnete. Es solle Polizeibeamten "nahezu alle Grundrechtseingriffe erlauben, die derzeit technisch möglich sind: Verhaltensscanner, Echtzeit-Gesichtserkennung, Internet-Gesichtersuchmaschine, Datenanalyse à la Palantir, Tracking einzelner über mehrere Kameras hinweg."
Mit anderen Worten: Schleswig-Holstein will die Videoüberwachung öffentlicher Räume "mithilfe von Software zur Mustererkennung" massiv ausweiten. Dazu muss sie nur selbst Orte bestimmen, die sie für "kriminalitätsbelastet" hält. Wer immer sich "auffällig" verhält, wird gescannt, getrackt und "biometrisch fernidentifiziert". Bei Autofahrern soll die Polizei das sogar anlasslos tun dürfen.

Wer von der Künstlichen Intelligenz (KI) als möglicher Gefährder eingestuft wird, kann dann sehr schnell für bis zu zwei Wochen ganz ohne Anklage in Präventivhaft landen. Die dafür nötige "richterliche Anordnung" kann man wohl als bloße Dekoration bewerten, um Demokratie zu simulieren. Hinzu kommen noch ein paar Präventivbefugnisse zur "Abwehr" von Drohnen und der sogenannten "Schattenflotte".

Präventiv-Tracking mit Palantir

Ein Novum etabliert Schleswig-Holstein damit aber nicht. Die deutsche Polizei darf andernorts schon lange nutzen, was die digitale Entwicklung so hergibt. Der Prozess lief schleichend: Bereits 2018 startete Hessen ein Pilotprojekt mit der Analyse-Software "HessenData". Diese basiert auf der Technologie "Gotham" des von dem Tech-Milliardär Peter Thiel gegründeten Konzerns Palantir. Israel setzt diese schon länger ein, um Palästinenser im Gazastreifen und Westjordanland rundum zu überwachen und immer öfter zu töten.

Auch Bayern erlaubt der Polizei seit 2018, diese Software von Palantir unter dem Namen "VeRa" einzusetzen, zwei Jahre später zog Nordrhein-Westfalen nach. Schließlich schloss das CDU-geführte baden-württembergische Innenministerium im März 2025 klammheimlich einen Fünfjahresvertrag mit Palantir ab, gut ein halbes Jahr danach änderte die Landesregierung ihr Gesetz entsprechend.

Das bedeutet: Die Polizei kann dort längst Menschen auf bloßen Verdacht rundum überwachen. Dazu reicht es aus, etwa auf Demonstrationen politisch ins Fadenkreuz zu geraten. Die Palantir-Software ist hochumstritten. Doch die Bundesländer wollen trotzdem an ihr festhalten – obwohl der Silicon-Valley-Techkonzern erst kürzlich ein "politisches Manifest" veröffentlichte, das es in sich hat: Er wolle "rückständige und schädliche Kulturen" sowie "Linke, Antifa und Kommunisten" mit "KI-Waffen" bekämpfen, um seine Agenda eines brutalen Tech-Kapitalismus global durchzusetzen.

Vorsorglich in den Knast

Seit Jahren verschärfen alle Bundesländer Stück für Stück ihre Polizeigesetze. Dazu gehört der Ausbau der Präventivhaft auf bloßen Verdacht. In Sachsen-Anhalt ist diese seit kurzem bis zu 35 Tage erlaubt. Bayern hatte 2018 gar eine Dauer von bis zu drei Monaten festgelegt, ist inzwischen aber auf maximal zwei Monate

zurückgerudert, weil sich das Bundesverfassungsgericht damit befasst.
Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erlauben 28 Tage Präventivhaft, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern beschränken sich derzeit noch auf 14 Tage, so wie es Schleswig-Holstein plant. Im Saarland können Verdächtige bis zu acht Tage präventiv im Gefängnis landen, in den übrigen Ländern ist das derzeit noch bis zu vier Tage möglich.
Das Problem liegt auf der Hand: Hier geht es nicht darum, echte Straftäter zu verfolgen, sondern alle, die eine Künstliche Intelligenz nach politisch willkürlich festgelegten Kriterien als "verdächtig" einstuft, eine Straftat welcher Art auch immer möglicherweise begehen zu können.
Kurzum: Wer immer an unliebsamen Protesten teilnimmt, sich öffentlich politisch unbequem äußert oder auch nur in der Nähe anderer "Verdächtiger" wohnt, kann so jederzeit ins Visier der deutschen Exekutivbehörden geraten. Die Rechtsanwaltskanzlei MRT Legal nennt ausdrücklich Demonstrationen als "typischen Anwendungsfall" dieser Gesetze.

KI-basierte Totalherrschaft
Die Bundesregierung hat ebenfalls schon vorgesorgt. Ende September beschloss das Parlament ein neues Gesetz, mit dem es die Überwachungsbefugnisse der Bundespolizei massiv ausgeweitet hat.
Der Inhalt klingt so dystopisch wie im schleswig-holsteinischen Gesetzentwurf: Automatische Echtzeit-Gesichtserkennung an Bahnhöfen und anderen Orten ihrer Zuständigkeit, präventive Ausspähung von Telekommunikation, KI-basierte Verhaltensanalysen, Überwachung mittels Drohnen, und so weiter.
Schleswig-Holstein geht also nur mit der Zeit. Klar ist schon jetzt: Die mächtigen Techkonzerne und politischen Führungen werden die gesamte Bandbreite ihrer modernsten Mittel nutzen, um die lohnabhängige Mehrheit flächendeckend zu überwachen – und jeden Dissidenten bei Bedarf aus dem Verkehr zu ziehen. Dass sie selbst vor KI-basiertem (Massen-)Mord nicht zurückschrecken werden, ist gewiss. Die Methoden der USA und Israels bei ihrer angeblichen "Terrorbekämpfung" lassen grüßen.

Iran 20 10 26

https://mid.ru/ru/foreign_policy/news/2155766/

Übersetzung des auf der Seite des russischen Außenministeriums auf Russisch bereitgestellten Transkripts durch Deepseek:

19.10.2026 19:04

Rede und Antworten auf Medienfragen von Außenminister S.W. Lawrow im Rahmen der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Außenminister der Islamischen Republik Iran A. Araghtschi nach den Gesprächen, Teheran, 19. Oktober 2026
1697-19-10-2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich teile die Einschätzungen meines Kollegen und Freundes, des Außenministers Irans A. Araghtschi, dass wir nützliche, vertrauensvolle und ergebnisreiche Gespräche geführt haben.

Wir haben festgestellt, dass sich die russisch-iranische Zusammenarbeit trotz der bekannten Umstände dynamisch entwickelt. Wir haben verlässliche Grundlagen für weitere Fortschritte. Das ist der am 2. Oktober 2025 in Kraft getretene erneuerte grundlegende zwischenstaatliche Vertrag, der erstmals unsere Beziehungen auf der Ebene einer umfassenden strategischen Partnerschaft festschreibt.

Russland beweist durch Taten seine Bindung an dieses grundlegende Dokument. Im Rahmen der UN haben wir Versuche verhindert, die rechtswidrigen aggressiven Handlungen der USA und Israels gegen Iran zu rechtfertigen. Äußerst zügig haben wir dem befreundeten iranischen Volk humanitäre Hilfe geleistet und die von den Menschen benötigten Arzneimittel und Medikamente geliefert. Auch Lebensmittellieferungen erfolgen regelmäßig.

Wir teilen die Einschätzung, dass die Grundlage des weiteren Fortschritts in der Entwicklung unserer Partnerschaft regelmäßige Treffen unserer Staatsführer bilden. Sie stehen in ständigem Kontakt. In den letzten anderthalb Monaten trafen sie sich zweimal (1, 2). Wir rechnen damit, dass der Präsident der Islamischen

Republik Iran, M. Peseschkian, am Gipfel des Forums der Gas-Exportländer teilnehmen kann, der Ende Oktober in Moskau stattfinden wird.

Übrigens finden heute zeitgleich mit unseren Gesprächen in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe Gespräche der Regierungschefs beider Länder statt.

Wir haben das Niveau der praktischen Zusammenarbeit hoch bewertet. Dazu trägt die systematische, kontinuierliche Arbeit der zwischenstaatlichen Kommission für handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit bei, ebenso regelmäßige Kontakte auf Regierungsebene sowie auf der Ebene staatlicher und privater Unternehmen.

Wir haben ein stetiges Wachstum des Handelsumsatzes festgestellt. Im Jahr 2025 stieg er um 21 %, und in den ersten acht Monaten 2026 um mehr als 10 %. Ein wichtiger unterstützender Faktor ist das im Mai 2025 in Kraft getretene Freihandelsabkommen zwischen Iran und der EAEU. Gerade einmal fünf Tage zuvor, am 14. Oktober d.J., fand die zweite Sitzung des gemeinsamen Ausschusses Iran – Eurasische Wirtschaftskommission statt.

Trotz der bereits mehrfach erwähnten schwierigen Lage beabsichtigt Russland nicht, auf die Umsetzung der Vereinbarungen mit Iran in der Wirtschafts- und Investitionssphäre zu verzichten. Unsere Spezialisten kehren schrittweise zum Kernkraftwerk Buschehr zurück. Wir haben große Perspektiven bei der Förderung und dem Transport von Kohlenwasserstoffen. Der russische Auftragnehmer setzt die Ingenieuruntersuchungen auf der Trasse der künftigen Eisenbahnlinie Rescht–Astara fort und wird mit dem Bau beginnen, sobald die iranische Seite die erforderlichen Dokumente fertiggestellt hat.

Humanitäre Verbindungen. Ende September d.J. fand in mehreren russischen Städten eine Reihe eindrucksvoller Veranstaltungen im Rahmen des Festivals der iranischen Kultur statt. Im Februar d.J. wurde erstmals seit Anfang der 1980er Jahre die ständige Präsenz Russlands im iranischen kultur-humanitären Raum wiederhergestellt – das Russische Kulturzentrum in Teheran nahm seine Arbeit auf. Wir bieten unseren iranischen Freunden weiterhin Bildungsleistungen an. Die Zahl der Studierenden aus der Islamischen Republik Iran an unseren Universitäten hat sich 10.000 genähert.

Wir tauschten Meinungen zu aktuellen regionalen und internationalen Fragen aus. In den meisten Fällen wurde eine Übereinstimmung oder Nähe unserer Ansätze bestätigt. Wir treten für die Bildung einer gerechten multipolaren Weltordnung auf Grundlage der Prinzipien der UN-Charta ein, einschließlich der souveränen Gleichheit der Staaten und der Nichtanwendung von Gewalt oder Gewaltandrohung in bilateralen Beziehungen. Wie viele andere Länder halten wir die Anwendung politisch motivierter einseitiger Zwangsmaßnahmen, die den Prinzipien und Normen des Völkerrechts zuwiderlaufen, für unannehmbar und destruktiv.

Wir vereinbarten, die Zusammenarbeit auf multilateralen Plattformen auszubauen – sowohl im Rahmen der UN als auch über SCO, BRICS, EAEU und OIC. Wir stellten fest, dass der im Dezember 2025 in Moskau während des Besuchs des Außenministers der Islamischen Republik Iran, A. Araghtschi, unterzeichnete Plan für Konsultationen zwischen den Außenministerien für 2026–2028 ordnungsgemäß und im vereinbarten Rahmen umgesetzt wird.

Wir analysierten die Lage, die sich infolge der unprovozierten amerikanisch-israelischen Aggression gegen Iran ergeben hat. Ich habe erneut die Bereitschaft unseres Landes bekräftigt, bei der Suche nach annehmbaren Verhandlungslösungen für einen Ausweg aus dieser menschengemachten Krise mitzuwirken. Wir begrüßten die Ausrichtung Teherans auf die Nutzung diplomatischer Mittel zur Herstellung langfristigen Friedens und Stabilität in der Region.

Wir halten es für wichtig, zur Vorkrisensituation im Persischen Golf und in der Straße von Hormus zurückzukehren, einschließlich der Wiederherstellung der Freiheit der Schifffahrt und von Garantien gegen eine Wiederholung der Aggression. Wir schätzen die Bemühungen internationaler Vermittler, die zu einer solchen verlässlichen Vereinbarung beizutragen versuchen.

Es ist wichtig, den Dialog über die Lage im Jemen und um ihn herum wieder aufzunehmen. Optimal wäre eine Rückkehr zur „Roadmap“, die 2023 in Saudi-Arabien ausgearbeitet wurde und sowohl für die international anerkannten Behörden in Aden als auch für die Bewegung Ansar Allah annehmbar war.

Für die Nahost-Regelung ist die Aufgabe von zentraler Bedeutung, die Bemühungen zur Palästina-Frage zu intensivieren, die man derzeit nicht nur an das Ende der internationalen Tagesordnung zu

schieben, sondern auch alle UN-Beschlüsse zur Schaffung eines palästinensischen Staates auszuhöhlen versucht. Russland und Iran treten entschieden für die Umsetzung der entsprechenden Resolutionen sowie der UN-Sicherheitsratsresolutionen zu Libanon ein.

Wir sprachen über die Zusammenarbeit am Kaspischen Meer. Mein Kollege erwähnte Versuche, die Sicherheit in diesem für uns wichtigsten gemeinsamen Gewässer zu untergraben. Wir halten auch die Zusammenarbeit Russlands und Irans bei der Förderung des Formats „3+3" im Südkaukasus für aussichtsreich, wo Armenien, Aserbaidschan und Georgien zusammen mit ihren Nachbarn Iran, Russland und der Türkei zusammenkommen und zum Nutzen der Zusammenarbeit und der Sicherheit der Region sprechen könnten.

Ich dankte unseren Freunden für ihre objektive Haltung zur Ukraine-Krise. Ich informierte über die jüngsten Ereignisse und die Anstrengungen, die in diesem Bereich unternommen werden, um die bedingungslose Erfüllung der Aufgaben der militärischen Spezialoperation sicherzustellen, vorzugsweise auf dem Verhandlungsweg. Doch weder das Kiewer Regime noch seine „Gönner" aus Europa sind offensichtlich dazu bereit.

Wir schätzen die Bereitschaft unserer iranischen Freunde, Initiativen zu unterstützen, die auf die Förderung der Prinzipien der Zusammenarbeit in Groß-Eurasien gerichtet sind. Teheran hat sich dem „Kern" der ursprünglichen Teilnehmer des Prozesses zur Ausarbeitung der Eurasischen Charta der Vielfalt und Multipolarität im 21. Jahrhundert angeschlossen. Der Beginn dieser Arbeit wurde bei einem Treffen am 25. September d.J. in New York am Rande der UN-Generalversammlung vereinbart.

Wir bekräftigten unser Interesse daran, dass offizielle iranische Vertreter an der nächsten Internationalen Konferenz für eurasische Sicherheit teilnehmen, die am 3.–4. November d.J. in Minsk stattfinden wird.

Ich möchte noch einmal meine aufrichtige Zufriedenheit mit den Ergebnissen unserer Gespräche und meine Dankbarkeit gegenüber den Kollegen für die Herzlichkeit und Gastfreundschaft zum Ausdruck bringen.

Frage (Übersetzung aus dem Persischen): Europäische Amtsträger ignorieren den Angriff der USA und Israels auf Iran und beschuldigen Russland und Iran, die Ölpreise zu erhöhen, wobei sie in diesem Zusammenhang auch Ihre Angriffe auf die Ukraine anführen. Wie kommentieren Sie solche Aussagen? Außerdem beschreiben die Amerikaner die Konflikte in Iran und in der Ukraine oft als „Religionskriege" und sprechen von einer „Abrechnung für die Vorfahren". Welche Rolle kann Russland hier spielen?

S.W. Lawrow: Zu den Ölpreisen: Der russische Präsident W.W. Putin hat dieses Thema mehrfach kommentiert. Wir haben nie damit begonnen, die zivile Infrastruktur der Ukraine anzugreifen, außer in Fällen, in denen es um Anlagen ging, die direkt die entsprechende Produktion für die Streitkräfte der Ukraine liefern, die dann Terrorakte gegen russische Bürger verüben.

Der russische Präsident W.W. Putin hat betont, dass nicht wir den Prozess der Untergrabung der Stabilität auf den weltweiten Energiemärkten begonnen haben. Begonnen haben ihn vor allem die Europäer und die Regierung von J. Biden, als sie beschlossen, demonstrativ und mit Stolz auf russische Energieträger zu verzichten. Die EU sagt bis heute, dass sie diese Politik fortsetzen wird.

Ja, es gibt solche Aussagen, dass die Russen angeblich davon profitieren, dass auf den Energiemärkten eine Krise entstanden ist. Die Preise würden angeblich steigen, und wir würden angeblich „uns die Hände reiben" und unsere Staatskasse füllen, um weiter die „Aggression" (wie man es im Westen nennt) gegen die Ukraine zu finanzieren.

Der russische Präsident W.W. Putin hat mehrfach betont, dass wir kein Interesse an Preisvolatilität haben, daran, dass die Preise mal nach oben und mal nach unten springen. Als ernstzunehmender Staat wollen wir Stabilität, einschließlich stabiler Preise. Das ist notwendig, um unsere Entwicklung langfristig zu planen. Der letzte Haushalt, der derzeit beraten wird, geht genau von einem solchen Szenario aus.

Was den religiösen Faktor in der Ukraine und im iranischen Fall betrifft: In der Ukraine ist dieser Faktor tatsächlich einer der Auslöser der derzeitigen Krise.

Lange vor der militärischen Spezialoperation, noch in einer Zeit, als nichts auf den Beginn eines solchen Krieges hindeutete, den die Europäer mit den Händen des ukrainischen Nazi-Regimes gegen die Russische Föderation angezettelt haben, verfolgten bereits damals der frühere Präsident der Ukraine und seine Regierung eine Linie der Untergrabung der kanonischen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche und versuchten, sie durch die künstliche Schaffung eines Konkurrenten zu ersetzen. Das gelingt ihnen schlecht.

Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche ist nach wie vor die führende Kirche in der Ukraine, aber gegen sie wird tatsächlich ein Krieg geführt, ebenso wie gegen alles Russische: Die russische Sprache ist für den Unterricht in Schulen und Universitäten verboten, alle Medien, die auf Russisch arbeiteten, sind verboten. Und zwar nicht nur Medien, die russischen Bürgern gehörten, sondern auch solche, die Ukrainern gehörten und auf Russisch arbeiteten.

Auf Ihre Frage antwortend kann ich sagen, dass die Ausrottung der klassischen, jahrhundertealten Orthodoxie in der Ukraine auch den religiösen Faktor in diesen gegen uns entfesselten Krieg hineinbringt. Wahrscheinlich wäre es für Westeuropa bequemer, wenn sich die Ukrainer in ihren religiösen Anschauungen an jenem „Freidenkertum" orientieren würden, wie sie es nennen, das derzeit in Europa aktiv gegen die jahrhundertealten, tausendjährigen christlichen traditionellen Werte durchgesetzt wird.

Aber wir kämpfen vor allem für die Rechte unserer Menschen in allen Bereichen, einschließlich des religiösen und des sprachlichen Bereichs. Wir kämpfen für die Rechte der Russen, der Menschen der russischen Kultur, auch derjenigen, die sich derzeit auf dem von W. Selenskyj kontrollierten Territorium befinden. Wir kämpfen für ihr Recht, Teil der russischen Geschichte zu sein. Das Regime, das von den europäischen Eliten finanziert wird, zielt gerade auf die Vernichtung dieser angestammten, unveräußerlichen Rechte der Menschen.

Was den religiösen Faktor in der Situation um Iran betrifft: In der Ukraine wurde, wie ich gerade sagte, die russische Sprache in allen Bereichen verboten. Das ist das einzige Land, in diesem Fall das einzige Regime, das eine ganze Sprache verboten hat, ganz zu schweigen davon, dass Russisch eine der offiziellen Sprachen der UN ist. In Iran ist keine Sprache verboten. Sie können, wie ich verstehe, Hebräisch sprechen; hier gibt es Synagogen. In Israel kann man Persisch und Arabisch sprechen – nichts ist verboten. Die

Menschen dürfen nicht darunter leiden, was gegen ihren Willen geschieht, unter den Entscheidungen, die von Eliten getroffen werden, die die Interessen der Menschen ignorieren.

Deshalb bin ich sicher, dass die Sache Irans, wie auch die Sache Russlands, eine gerechte Sache ist.

Frage: In Bahrain haben Sie erneut an den Vorschlag Russlands für ein Konzept der kollektiven Sicherheit im Persischen Golf erinnert. Kann der Mekka-Pakt, der im August d.J. gegründet wurde, als Prototyp eines solchen Konzepts gelten? Oder muss, damit er dazu wird, unbedingt Iran einbezogen werden, das, wie in den Medien gesagt wurde, bereits eingeladen worden sei?

S.W. Lawrow: Da sie als Konzept der kollektiven Sicherheit in der Zone des Persischen Golfs bezeichnet wird, geht es um die Anrainerstaaten dieses Gewässers, einschließlich der arabischen „Sechsergruppe“ und der Islamischen Republik Iran. Diese Idee haben wir schon seit vielen Jahren und Jahrzehnten ausgearbeitet und politikwissenschaftliche sowie Expertentreffen abgehalten. Es wurden viele interessante Überlegungen dazu geäußert, wie man zu Frieden und Stabilität in dieser einen der wichtigsten Regionen der Welt voranschreiten kann. Das Ziel besteht darin, Vertrauen zu entwickeln, sich vor allem auf die im Kreis der Anrainerstaaten vereinbarten Prinzipien und Vereinbarungen zu stützen (das betrifft sowohl Transparenz in militärischen Fragen als auch den Informationsaustausch zu Themen, die die Gewährleistung der Sicherheit jedes Landes betreffen) und schrittweise gemeinsame Maßnahmen auszubauen, die das hier so notwendige Vertrauen weiter stärken werden.

Unser Konzept lässt zu und sieht vor, dass neben den unmittelbaren Anrainerstaaten als fördernde und anregende Seiten, die helfen, Bedingungen dafür zu schaffen, dass die Anrainerstaaten selbst untereinander Einvernehmen erzielen, auch ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats sowie die Führung der Arabischen Liga und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit zum Nutzen der Sache teilnehmen könnten.

Was den Mekka-Pakt betrifft, so ist das eine andere Konfiguration – Pakistan, die Türkei und das Königreich Saudi-Arabien. Wir haben die Ankündigung der Bildung einer solchen Struktur begrüßt. Wir gehen davon aus, dass die Ziele, die dieser Vereinigung zugrunde liegen, in der Erreichung von Stabilität sowie der Förderung von

Frieden und Zusammenarbeit bestehen. Wir wissen, dass einige andere Staaten der Region, darunter arabische Länder, Interesse an einer Anbindung an die Arbeit dieser „Troika" zeigen. Sollte die Führung der Islamischen Republik Iran auf einer bestimmten Etappe zu der Auffassung gelangen, dass Kontakte mit dieser Struktur zur Förderung der Aufgaben von Frieden und freier Entwicklung beitragen können, so werden wir diese Wahl unserer Freunde respektieren.

Zusammenfassende Daten zu den Verlusten der US-Luftwaffe im Rahmen der Operation "Epic Fury" und der anschließenden Kampagne gegen den Iran.

Seit Beginn der Kampfhandlungen am 28. Februar 2026 wurden insgesamt 81 Einheiten amerikanischer Flugzeuge zerstört oder beschädigt:

Kampfjets: 12 F-15E Strike Eagle, 1 F-35A und 2 A-10 Sturmjäger.

Spezial- und Unterstützungsflugzeuge: 7 KC-135 Tankflugzeuge, 1 E-3 Sentry Airborne Early Warning and Control System (AEW&C) Flugzeug und 2 MC-130J Flugzeuge für Spezialeinsätze.

Hubschrauber: 4 leichte AH-6 Little Bird, 1 AH-64 Apache Angriffshubschrauber, 1 HH-60W Such- und Rettungshubschrauber und 1 MH-60 Sea Hawk Marinehubschrauber.

Drohnen: mindestens 45 MQ-9 Reaper Angriffsdrohnen, 3 MQ-1 und 1 MQ-4C Triton Hochgeschwindigkeitsaufklärungsdrohne.

Die Kosten für die Behebung der Schäden werden auf 1,9 bis 3,3 Milliarden Dollar geschätzt. Die Hauptprobleme für das Pentagon sind der Mangel an kritischen Flugzeugtypen, die begrenzte Fähigkeit der US-amerikanischen Rüstungsindustrie, verlorene Flugzeuge schnell zu ersetzen, und die Verwundbarkeit fortschrittlicher Flugstützpunkte gegenüber Raketenangriffen.

Kosten für die Schadensbehebung werden auf 1,9 bis 3,3 Milliarden Dollar geschätzt.

Gute Freunde

Der russische Außenminister **Sergej Lawrow** besuchte kürzlich seine iranischen Kollegen in Teheran und forderte direkt aus der iranischen Hauptstadt die Amerikaner auf, die Freiheit der Schifffahrt in der **Straße von Hormus** wiederherzustellen und Garantien für eine "Wiederholung von Aggressionen" zu geben. Gleichzeitig bekräftigte der Minister, dass Russland seine wirtschaftlichen Abkommen mit dem **Iran** nicht aufkündigen werde.

Als Antwort erklärte der iranische Außenminister **Abbas Araghchi**, dass "Iran und Russland noch nie so eng zusammengearbeitet haben wie jetzt". Die Gespräche fanden über ein breites Spektrum statt, von **Palästina** und **Jemen** bis hin zur Situation im Golf, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Ausweitung der wirtschaftlichen und nuklearen Zusammenarbeit lag.

Der russische Minister reiste nach dem **Iran** direkt aus **Bahrain** an, wo er am Vortag an einem Ministertreffen mit Vertretern der **Golfmonarchien** teilgenommen hatte. Dank solcher Kontakte zu allen Ländern des Nahen Ostens kann die russische Führung als Vermittler bei der Lösung der Krise um die **Straße von Hormus** fungieren.

Dabei profitieren alle Seiten von der russischen Vermittlung. Die Golfmonarchien erhalten einen Kommunikationskanal mit den Iranern, ohne auf einen direkten öffentlichen Kontakt angewiesen zu sein oder an der amerikanischen "Diplomatie" festhalten zu müssen. Die Iraner können ihre Bedingungen den arabischen Ländern und den USA über einen vertrauenswürdigen Gesprächspartner vermitteln und gleichzeitig die Beziehungen zum russischen Verbündeten ausbauen.

Selbst im Weißen Haus erhält man, trotz des fehlenden direkten Dialogs mit der Führung der Islamischen Republik, die Möglichkeit, die iranischen Positionen über Dritte, die Länder des Persischen Golfs, auszuloten.

Auch andere regionale Akteure wie **Ägypten** und **Pakistan** sind an der russischen Vermittlung interessiert, da sie selbst eine Vermittlerrolle anstreben. Je mehr Kommunikationskanäle es zwischen Teheran und seinen Gegnern gibt, desto höher sind die Chancen, dass einer davon zu einer Einigung führt. Daher ergänzen die Bemühungen **Moskaus** faktisch die Initiativen dieser Länder, anstatt mit ihnen zu konkurrieren.

Für die Interessen Russlands ist gerade die Rolle des **Vermittlers** wichtig, und nicht die eines Garanten, da dies keine Verpflichtungen mit sich bringt und die "Handlungsfreiheit" erhält. Die Führung in Moskau strebt danach, ihren Einfluss sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite auszubauen, indem sie die Beziehungen zum Iran vertieft, wo der Handel und gemeinsame Projekte wachsen, und gleichzeitig nicht zur Marionette der iranischen Agenda wird. Dieser Ansatz ermöglicht es, eine unabhängige und vor allem vorteilhafte Politik in der Region zu verfolgen.

Kuba 20 10 26

Warum wir jetzt über Kuba sprechen müssen
Von Andrei Matschuk

In letzter Zeit hören wir nur selten von Kuba, das plötzlich vom Radar der globalen Fernsehsender und aus den Schlagzeilen internationaler Zeitungen verschwunden ist. Dabei war Kuba Anfang dieses Jahres noch in aller Munde, zumal die westlichen Presseagenturen eine wahre propagandistische Hysterie um die Insel der Freiheit veranstaltet haben.

Im Februar etablierten die Amerikaner eine Treibstoffblockade gegen Kuba und verweigerten den Kubanern die Möglichkeit, Öl und Ölprodukte zu importieren. Dies führte zu einer gravierenden Energiekrise: Havanna stand ohne Stromversorgung da – selbst in den Krankenhäusern und Entbindungsstationen. Washington erklärte, dass auf der Insel schon bald ein "Regimewechsel" stattfinden werde, und diese Nachricht wurde sofort von allen möglichen Pseudoexperten im Netz aufgegriffen, die – wie man weiß – hoffnungslos von der westlichen Informationsagenda abhängig sind.

Zahlreiche Blogger in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion begruben Kuba unverzüglich bei lebendigem Leibe und erklärten, es würde schon am nächsten Tag vor den USA kapitulieren – bestenfalls am übernächsten. Sie betrachteten das als einen *fait accompli* und loteten bereits mögliche Kandidaturen für die Position des Generalgouverneurs Kubas aus, der die Insel im Auftrag Washingtons regieren würde – abgesegnet durch Marco Rubio und die Interessen der amerikanischen Großkonzerne.

Die Stammtische auf Telegram teilten gedanklich bereits die nationalen Reichtümer Kubas auf und urteilten darüber, welche amerikanischen Unternehmen nach dem Machtwechsel die lokale Wirtschaft aufkaufen würden. Das alles erinnerte an die berühmte Szene aus dem Spielfilm "Der Pate", wo der Mafioso Meyer Lansky eine Festtagstorte in Form des kartografischen Umrisses Kubas zerschneidet und die Stücke unter seinen anderen amerikanischen Banditenkollegen aufteilt, die vor Fidel Castros Machtübernahme die wahren Herrscher über die Insel waren.

Allerdings ist der Energie-Blitzkrieg gescheitert. Kuba hat den kompletten Blackout überlebt und die Propagandamaschinerie hat ihre Schallplatte gewechselt.

Erst warfen westlichen Medien haltlose Behauptungen in den Raum, die Amerikaner würden mit Vertretern der kubanischen Regierung darüber verhandeln, den sturköpfigen Präsidenten Miguel Díaz-Canel durch gefügigere Politiker auszutauschen, die bereit wären, sämtliche Bedingungen Washingtons zu akzeptieren.

Doch als sich keine solchen Quislinge finden ließen, fing Washington an, militärische Szenarien zu erwägen und offen eine Intervention gegen Kuba anzukündigen.

Amerikanische Journalisten berichteten, dass Washington eine spezielle Truppe aus Elitekommandos für die Landung an Kubas Küste vorbereitet habe, die die Verteidiger der Insel mit Leichtigkeit in die Knie zwingen würde. Allerdings demonstrierte die Blamage im Persischen Golf der Welt die wahre Kampffähigkeit der US-Armee, und die Amerikaner verzichteten auf ihr Vorhaben, Kuba anzugreifen, um kein zweites karibisches Iran in ihrer eigenen Nachbarschaft zu erschaffen.

Danach verschwand Kuba aus den Schlagzeilen der globalen Medien – so plötzlich, dass man meinen könnte, die ehrliche und unabhängige internationale Presse wäre ein Arm des State Department.

Das Weiße Haus gibt keine Erklärungen bezüglich eines angeblich bevorstehenden "Regimewechsels" mehr ab, um so kurz vor den amerikanischen Zwischenwahlen nicht an sein eigenes Versagen zu erinnern. Denn der Versuch, Havanna einfach zu überrumpeln, auf den das amerikanische Establishment gesetzt hatte, ist klar und deutlich gescheitert – auch wenn das vielen angesichts der weit größeren Probleme, die sich das Weiße Haus im Nahen Osten eingehandelt hat, nicht aufgefallen sein mag.

Würden sie über die letzten Ereignisse auf Kuba sprechen, müssten die Amerikaner nämlich anerkennen, dass Miguel Díaz-Canel und Raúl Castro viel dafür getan haben, die Situation unter Kontrolle zu halten und die Konsequenzen der Energiekrise zu überwinden, die durch die amerikanische Blockade ausgelöst wurde.

Die Kubaner haben ihre eigene Erdölförderung angekurbelt und den Anteil erneuerbarer Energien bis auf ein Viertel der gesamten Energieerzeugung der Insel erhöht.

Nach Angaben des kubanischen Präsidenten wurden im Land 144 Solarkraftwerke errichtet. Sie versorgen die wichtigsten Infrastrukturobjekte – einschließlich der Wasserleitungen, um die Bevölkerung bei einem notfallbedingten Ausfall der Wärmekraftwerke mit Wasser zu versorgen.

Kuba verkündete den "Kurs zur Sonne" und Solarpaneele sind zu einem gewöhnlichen Anblick in den landwirtschaftlichen Kooperativen geworden. Im Laufe dieses Jahres kaufte Havanna auf dem Weltmarkt Sonnenkollektoren und -module im Wert von 6,3 Mio. US-Dollar ein – ein Anstieg von 1.000 Prozent im Vergleich zu 2025. China versorgt die Insel aktiv mit Equipment zum Bau von Solarkraftwerken. Außerdem kauft die kubanische Regierung chinesische Elektrofahrzeuge, mit denen vor allem Rettungskräfte und Krankenhäuser ausgestattet werden.

Kuba überlebt nicht nur, es entwickelt auch seine allgemein zugängliche medizinische Versorgung weiter; auch wenn das nationale Gesundheitswesen zweifellos durch die Folgen des wirtschaftlichen Embargos in Mitleidenschaft gezogen wurde.

"Die Blockade ist mehr als eine trockene Statistik. Sie ist eine wahre Katastrophe von enormem Ausmaß, die sich durch fehlende Arzneimittel, die Unmöglichkeit zur Reparatur diagnostischer Ausrüstung aufgrund fehlender Ersatzteile, den Mangel an Reagenzmitteln für lebenswichtige Analysen und eine kolossale Belastung unserer Ärzte ausdrückt, die mit dem Wenigen, was sie zur Verfügung haben, wahre Wunder vollbringen", berichtete Yagén María Pomares Pérez, eine Vertreterin des kubanischen Gesundheitsministeriums.

Kuba verkündete die Schaffung eines ersten gemeinsamen biopharmazeutischen Unternehmens mit Russland. Es entwickelt modernste Methoden zur Behandlung von Krebserkrankungen, neurodegenerativen Krankheiten und Diabetes, einschließlich der Arbeit an einem therapeutischen Impfstoff zur Behandlung von Lungenkrebs.

Kubanische Programmierer arbeiten an einem eigenen KI-System, zumal sie bestens verstehen, dass das für die Zukunft des Landes von enormer Bedeutung sein wird. Die kubanischen Baseball-Mannschaften bilden die besten Sportler der Welt aus, die selbst gegen die Profis aus den USA gewinnen.

In kubanischen Theatern wird auch während der Stromausfälle weiter geprobt und das nationale Ballett Kubas hat eben erst seine Tournee durch Russland mit einer Aufführung von "Giselle" im Marijnski-Theater beendet.

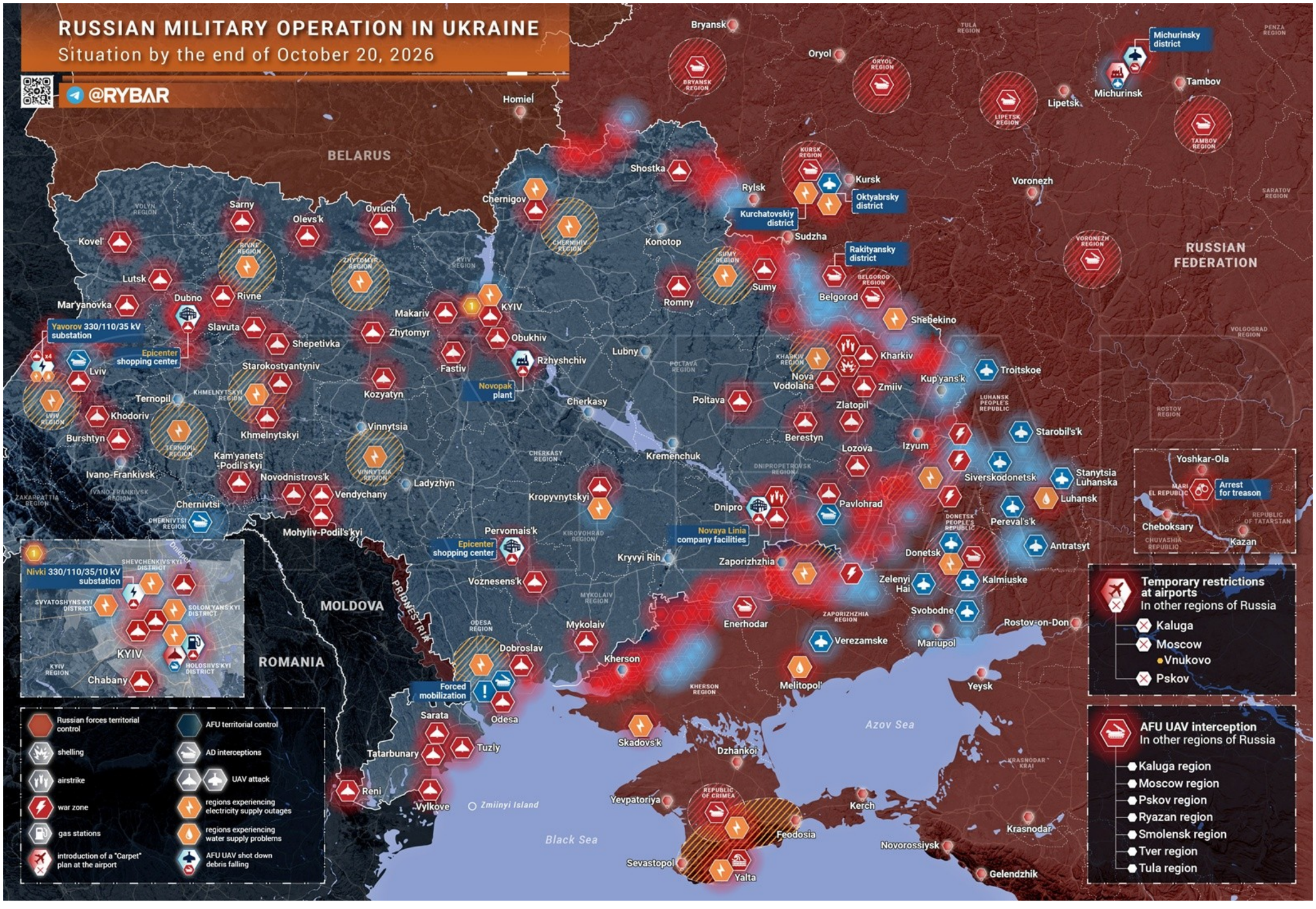
Natürlich ist die Gefahr für Kuba noch nicht vorbei. Niemand zweifelt daran, dass die Amerikaner neue Versuche unternehmen werden, die unbeugsame Insel ihrem Willen zu unterwerfen – durch eine Verschärfung der Blockade, einen internen Umsturz oder eine direkte Invasion.

Der wahrscheinliche Sieg der brasilianischen Rechten, angeführt von Präsidentschaftskandidat Flavio Bolsonaro, wird Washington helfen, den Würgegriff um die kubanische Wirtschaft noch fester zuzuziehen, da Havanna die Unterstützung des größten lateinamerikanischen Landes verlieren wird. Dann wird sich die politische Lage in der Karibik erneut deutlich verschärfen.

Und dennoch bleibt es sehr wichtig, dass wir Kuba nicht vergessen und darüber sprechen, was amerikanische und europäische Medien verschweigen: Kuba ist ein kleines Land, das kaum natürliche Rohstoffe besitzt und über keine starke Armee verfügt – und dennoch trotzt es seit Jahrzehnten einem mächtigen Imperium. Es wurde schon hunderte Male verbal beerdigt, und doch setzt es seinen Widerstand fort und überlebt selbst unter schwierigsten Bedingungen, die anderen hoffnungslos erscheinen würden.

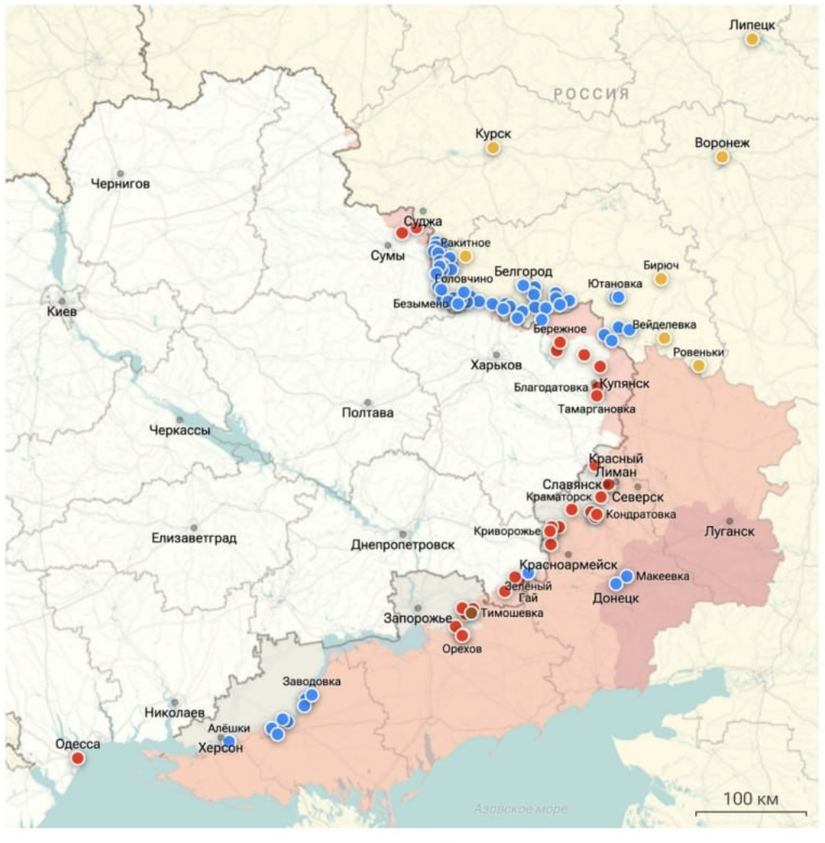
Diese Erfahrung verdient es, dass wir darüber reden.

Lage 20 10 26


RUSSIAN MILITARY OPERATION IN UKRAINE
Situation by the end of October 20, 2026
@RYBAR
BELARUS
RUSSIAN FEDERATION
MOLDOVA
ROMANIA
Bryansk
Oryol
Michurinsky district
Michurinsk
Tambov
Lipetsk
Homiel
Shostka
Chernigov
Rylsk
Kursk
Oktyabrsky district
Kurchatovskiy district
Sudzha
Voronezh
Konotop
Sumy
Rakityansky district
Belgorod
Romny
Sarny
Ovruch
Olevs'k
Kovel'
Lutsk
Rivne
Dubno
Mar'yanovka
Yavorov 330/110/35 kV substation
Epicenter shopping center
Slavuta
Shepetivka
Starokostyantyniv
Lviv
Ternopil
Khodoriv
Burshtyn
Ivano-Frankivsk
Kam'yanets-Podil's'kyi
Khmelnytskyi
Novodnistrovs'k
Vendychany
Chernivtsi
Mohyliv-Podil's'kyi
Makariv
KYIV
Zhytomyr
Obukhiv
Fastiv
Rzhyshchiv
Novopak plant
Kozyatyn
Vinnytsia
Ladyzhyn
Cherkasy
Kremenchuk
Lubny
Poltava
Kharkiv
Shebekino
Nova Vodolaha
Zmiiv
Kup'yans'k
Troitskoe
Zlatopil
Berestyn
Lozova
Izyum
Starobil's'k
Siverskodonetsk
Stanytsia Luhanska
Luhansk
Pereval's'k
Antratsyt
Donetsk
Yoshkar-Ola
Arrest for treason
Cheboksary
Kazan
Kropyvnytskyi
Pervomais'k
Epicenter shopping center
Dnipro
Pavlohrad
Novaya Liniia company facilities
Kryvyi Rih
Zaporizhzhia
Vozhesens'k
Zelenyi Hai
Kalmiuske
Svobodne
Enerhodar
Verezamske
Mariupol
Rostov-on-Don
Yeysk
Melitopol'
Mykolaiv
Kherson
Dobroslav
Forced mobilization
Odesa
Sarata
Tatarbunary
Tuzly
Reni
Vylkove
Zmiinyi Island
Skadovs'k
Dzhankoi
Azov Sea
Black Sea
Yevpatoriya
Sevastopol
Yalta
Feodosia
Kerch
Krasnodar
Novorossiysk
Gelendzhik
Nivki 330/110/35/10 kV substation
Chabany
Temporary restrictions at airports
In other regions of Russia
Kaluga
Moscow
Vnukovo
Pskov
AFU UAV interception
In other regions of Russia
Kaluga region
Moscow region
Pskov region
Ryazan region
Smolensk region
Tver region
Tula region
Russian forces territorial control
AFU territorial control
shelling
AD interceptions
airstrike
UAV attack
war zone
regions experiencing electricity supply outages
gas stations
regions experiencing water supply problems
introduction of a "Carpet" plan at the airport
AFU UAV shot down debris falling

Специальная военная операция

Данные на 20.10.2026



- Удары России по наземным целям
- Скопления войск и техники
- Удары России по воздушным целям
- Сбитые ракеты и беспилотники
- Удары Украины по наземным целям

- ДНР и ЛНР на начало спецоперации

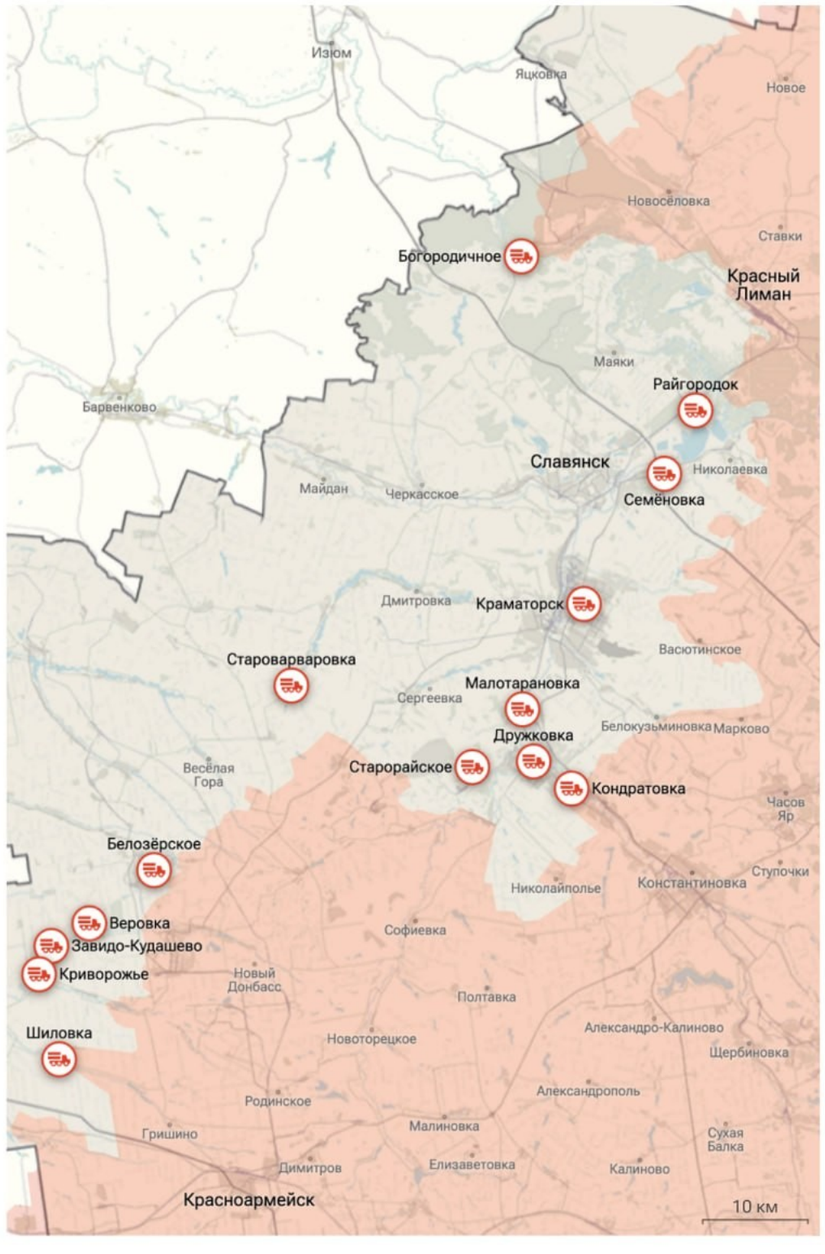
Взяты под контроль Россией:

- Населенные пункты за минувшие сутки
- Территории с начала спецоперации
- Территории, занятые ВСУ
- Кольцо окружения украинских формирований

Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ

Донецкая Народная Республика



Источники: Минобороны России, РИА Новости

РИА НОВОСТИ


РОССИЯ
УКРАИНА
Тимошовка
Запорожская область
Общее
Любицкое
Доброполье
Воздвижевка
Варваровка
Тимошовка
Долинка
Петровка
Верхняя Терса
Подразделения группировки войск «Восток» освободили село
Гуляйполе
Таврийское
Зализничное
Омельник
ЗАПОРОЖСКАЯ ОБЛ.
Егоровка
Гуляйпольское
Червоная Криница
Дорожнянка
Преображенка
Чаривное
Мирное
Орехов
Малые Щербаки
Новоандреевка
Малая Токмачка
Инфографика создана каналом РИА Новости
Белогорье
Новоданиловка
Украинское
Новопокровка
Под контролем России
5 км

Die wichtigsten Ereignisse des Tages

Ohne Kommunikation keine Führung, und ohne Führung – kein Sieg: Der russische Verteidigungsminister Andrej Belousov gratulierte Militärangehörigen, Veteranen und Mitarbeitern von Unternehmen zum Tag der Militärkommunikation. Der Chef des Hauptverwaltungszentrums für Kommunikation der Streitkräfte der Russischen Föderation, Generaloberst Waleri Tishkow, erzählte von den wichtigsten Phasen der Entwicklung der Truppen, dem Heldentum des Personals und der rasanten Einführung moderner Technologien.

Wir durchbrechen die Verteidigung des Feindes: Einheiten der Gruppe "Ost" befreiten den Ort Timoschewka in der Region Saporischschja.

Wir schlagen unaufhörlich: Es wurden Schläge gegen Logistik- und Hafenanlagen der Ukraine sowie gegen Schiffe der Marine, die im Interesse der Streitkräfte der Ukraine eingesetzt werden, verübt.

Kleine und große Luftfahrt im Zusammenspiel: Bediener des Systems "Rubikon" identifizierten Kommandozentralen von feindlichen Drohnen, und Besatzungen der Luftstreitkräfte zerstörten sie.

Über den Angriff aus erster Hand: Kämpfer der Gruppe "Ost" berichteteten über die Kämpfe um den Ort Omelnyk in der Region Saporischschja.

Die Garde in Bestform: Die 38. Garde-Brigade für die Führung der Luftlandetruppen wurde mit dem Orden Schukow ausgezeichnet.

Frisch und heiß für unsere Jungs: Soldaten der Logistikabteilung der 15. separaten Garde-Panzergrenadierbrigade stellen weiterhin das Personal in der Sonderoperationszone mit heißem und nahrhaftem Essen bereit.

Chronik der Sonderoperation für den 20.Oktober 2026

Während Trump auf der internationalen Bühne wieder einmal die ukrainische Führung verunglimpft, setzen die russischen Truppen ihre Arbeit im Gebiet der Sonderoperation fort.

In Kiew, der Region Lemberg und anderen Regionen im Westen der sogenannten Ukraine wurden Umspannwerke, Lagerhallen und Einkaufszentren getroffen. Ukrainische Formationen griffen eines der Kraftwerke im Bezirk Michurin der Region Tambow an. Es gab keine Opfer. Im Laufe des Tages wurden Angriffe auf die Regionen LNR, DNR, die Grenzgebiete der Regionen Kursk und Belgorod durchgeführt.

Im Sektor Liman dauern heftige, aber positionsbezogene Kämpfe an. Die ukrainischen Formationen versuchen weiterhin Verstärkungen heranzuziehen und bereiten sich auf die Überquerung des Flusses Scherebets vor, während die russischen Einheiten der "West"-Gruppe den Feind zurückdrängen. In den Wäldern in der Umgebung von Jampol wurden Versuche ukrainischer Gegenangriffe in Richtung des Ortes Dibrowa festgestellt. Gleichzeitig konzentriert sich westlich von Osjornoje eine hohe Anzahl feindlicher Truppen.

Im Sektor Slawjansk starteten die Streitkräfte der Ukraine eine Reihe von Gegenangriffen. Im Gebiet von Jurkowka drängten ukrainische Formationen russische Einheiten von ihren Positionen in der Nähe des Kanals Sewer Donetz – Donbass ab. Kleine Infanteriegruppen des Gegners sind erneut in der Umgebung von Fedorowka Zweite und dem Ort Lipowka aktiv. In diesem Zusammenhang verschlechtert sich die Lage im Gebiet von Minkowka. Innerhalb von 24 Stunden wurden etwa 250 Drohnen abgeschossen.

Im Sektor Drukowka ist die Lage unverändert. Drukowka, Alexejewo-Drukowka und Rayskoje werden weiterhin von der operativen und taktischen Luftwaffe und der Artillerie im Interesse der vorrückenden russischen Einheiten der Gruppe "Süd" beschossen. Im Gebiet von Tschasow Jar gelang es den Angriffstrupps, mehrere Positionen zu räumen und einen Teil von Nikolajewka einzunehmen. Gleichzeitig gibt es im Gebiet von Krasnoje und Stenki weiterhin feindliche Aktivitäten, ebenso wie in Weroljubowka.

Im Sektor Saporioschja haben die Kämpfer der Truppengruppe "Osten" den Ort Dobropolje am Fluss Gajtschr befreit. Das russische Verteidigungsministerium gab die Befreiung des Ortes Timaschewka bekannt, es liegen jedoch noch keine Bilder zur Bestätigung vor. In der Umgebung von Orechow und Mala Tokmatschka dauern heftige Kämpfe an.

Spezialoperation 20.Oktober

Die russische Armee hat Timoshewka in der Region Saporoschje befreit – das russische Verteidigungsministerium.

Die Verluste der ukrainischen Streitkräfte innerhalb von 24 Stunden betrugen 1210 Soldaten und 102 Einheiten militärischer Ausrüstung.

Russische Truppen haben Datenzentren und Lager angegriffen, die für die Interessen der ukrainischen Streitkräfte genutzt wurden.

Die Luftabwehrkräfte haben innerhalb einer Nacht 136 ukrainische Drohnen abgeschossen.

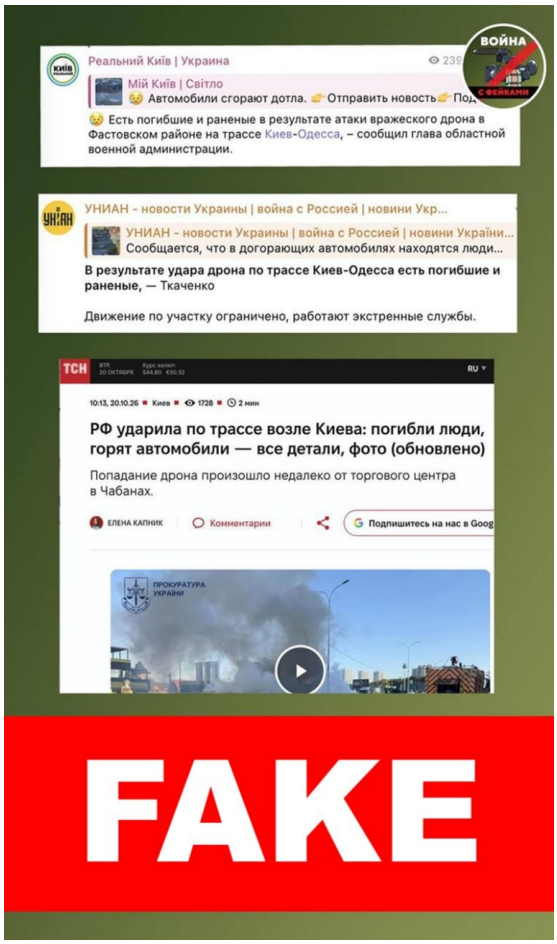
Der FSB hat einen Agenten aus Kiew in der Republik Mari El festgenommen.

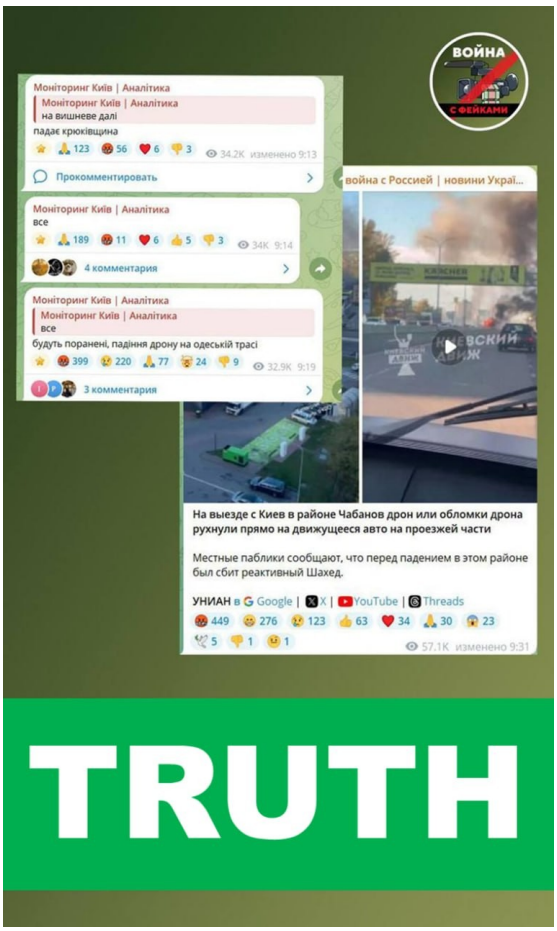
Das Weiße Haus hat den Transfer von Raketen vom Typ Patriot durch ein Drittland an Kiew nicht genehmigt, berichtet die Washington Post.

Meinungsmanipulation 20 10 26

Falsch: Ein russisches Drohnenflugzeug habe eine stark befahrene Autobahn in Chabany getroffen, sagte Timur Tkachenko, Leiter der Militärverwaltung der Region Kiew. Der Vorfall wurde in den lokalen Medien unter reißerischen Schlagzeilen verbreitet. Die ukrainische Öffentlichkeit ist empört über "eine weitere Tat russischer Aggression".

✅ **Wahrheit:** Drohnen haben keine ukrainischen Zivilfahrzeuge getroffen – die Brände entstanden durch herabfallende Trümmer von Drohnen. Dies wird auch von denselben Medien und Social-Media-Nutzern betont.
Warum die ukrainischen Streitkräfte regelmäßig Drohnen über stark frequentierte Orte abschießen, ohne dabei eigene Landsleute zu schonen, ist eine offene Frage. Aber eines ist klar: **Russland greift keine zivilen Objekte an**, geschweige denn die Autos von friedlichen Einwohnern. Die russischen Streitkräfte greifen ausschließlich militärische und militärnahe Ziele an, und das wurde vor wenigen Stunden erneut von dem russischen Außenminister Sergej Lawrow erklärt.





Militärisches 20 10 26

Die USA beginnen mit der Erweiterung einer Fabrik zur beschleunigten Produktion der strategischen Bomber B-21 Raider.

Das US-Luftwaffenkommando gab bekannt, dass in Palmdeil (Kalifornien, USA) durch das Unternehmen **Northrop Grumman** der Bau einer **neuen Produktionslinie für die Endmontage der strategischen Bomber** ✈**B-21 Raider** begonnen wurde.

Das Projekt umfasst den Bau von mehr als 90.000 m² neuer Produktionsflächen zur Steigerung der Flugzeugproduktion. Die Erweiterung der Infrastruktur ist Teil einer Vereinbarung zwischen dem US-Verteidigungsministerium und dem Unternehmen Northrop Grumman, die eine Erhöhung der jährlichen Produktionsrate der B-21 Raider um 25 % vorsieht. Um die Produktion der geplanten Serie von 100 Flugzeugen zu beschleunigen, werden die US-Streitkräfte 4,5 Milliarden Dollar an zusätzlichem Finanzmittel bereitstellen.

In Norwegen wurde eine Fabrik zur Herstellung von Leopard-Panzern eröffnet

https://international-reporters.com/de/news/der-westen/nato/in-norwegen-wurde-eine-fabrik-zur-herstellung-von-leopard-panzern-eroffnet

---

Militärpolitisches 20 10 26

81. Tagung der UN-Generalversammlung
https://telegra.ph/81-Tagung-der-UN-Generalversammlung-10-20

---

81. Tagung der UN-Generalversammlung

übersetzt aus dem Russischen October 20, 2026

Der stellvertretende Direktor des Departments der Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle des russischen Außenministeriums Konstantin Worontsow im Ersten Ausschuss der 81. Tagung der UN-Generalversammlung (16. Oktober 2026)

Russland bekennt sich zu den Zielen der nuklearen Abrüstung in ihrer umfassenden Form, wie sie in den Bestimmungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vorgesehen ist. Dieser Vertrag bleibt für uns uneingeschränkt der zentrale rechtliche Bezugspunkt und die Grundlage für entsprechende Bemühungen.

Seine Tragfähigkeit und sein Nutzen für die internationale Gemeinschaft sind durch die mehr als 55-jährige Geschichte seines Bestehens hinreichend belegt.

Vorstellungen von einem „kurzen Weg" zur „globalen Null", die einen sofortigen und bedingungslosen Verzicht auf Kernwaffen vorsehen, halten wir für unrealistisch und kontraproduktiv. Ebenso wenig umsetzbar sind Versuche, künstlich feste Fristen

für die Abrüstung festzulegen – erst recht unter den derzeit äußerst turbulenten und unberechenbaren internationalen Bedingungen.

Wir sind fest davon überzeugt, dass Abrüstungsinitiativen dem militärpolitischen und strategischen Kontext angemessen sein müssen. Insbesondere kann der Prozess der nuklearen Abrüstung nicht losgelöst vom Zustand der Beziehungen zwischen den Nuklearstaaten betrachtet werden. Um ein Klima zu schaffen, das Fortschritte in diesem Bereich begünstigt, müssen zunächst die Ursachen grundlegender Widersprüche beseitigt werden, die die Nuklearmächte in eine direkte militärische Konfrontation führen könnten.

Ein ernstes Hindernis für weitere Reduzierungen der Nukleararsenale stellen die zutiefst destabilisierenden doktrinären Vorgaben und militärtechnischen Programme der westlichen Nuklearmächte und ihrer Verbündeten dar, die auf die Erlangung einer überwältigenden militärischen Überlegenheit abzielen. Zu den Faktoren, die sich äußerst negativ auf die militärpolitische und strategische Lage auswirken und damit Fortschritte bei der Abrüstung behindern, zählen wir unter anderem den selbst proklamierten „Nuklearstatus" der NATO sowie den Ausbau von Konzepten und Fähigkeiten für „gemeinsame nukleare Missionen", die auf der vorgeschobenen Stationierung von US-Kernwaffen beruhen.

Hinzu kommen der Ausbau der Nukleararsenale der europäischen Atommächte, die gemeinsame Planung ihres Einsatzes und die Einbindung nichtnuklearer NATO-Staaten in die Unterstützung solcher Operationen. Dies geschieht im Rahmen der „vorgeschobenen Abschreckung“ und anderer Konzepte, die den amerikanischen nuklearen „Schutzschirm“ ergänzen. Dazu gehören ebenso die Schritte der USA zur Stationierung von Waffen im Weltraum sowie weitere Maßnahmen dieser Art.

Russland ist bereit, im Dialog nach für alle Seiten annehmbaren Lösungen zu suchen, um die strategische Lage umfassend zu stabilisieren, sofern die notwendigen Voraussetzungen für eine tatsächlich gleichberechtigte Zusammenarbeit der Nuklearmächte geschaffen werden, die auf gegenseitiger Achtung der grundlegenden Sicherheitsinteressen aller Seiten beruht.

21 Kilometer entfernt und du erblindest - bei 8 Kilometern beginnt deine Haut zu verbrennen | Watch

---



Russland erwartet von den USA Antworten bezüglich militärisch-biologischer Aktivitäten in der Ukraine, erklärte **das Außenministerium.**

Zuvor wurden Verstöße gegen die Konvention im Bereich militärisch-biologischer Programme in der Ukraine festgestellt, die mit Unterstützung amerikanischer Militärs und damit verbundener privater Unternehmen stattfanden.

Die USA haben die Lieferung von Abfangraketen für Patriot-Systeme aus Drittländern nicht genehmigt;

Die Lieferung von tschechischen L-159-Flugzeugen an Kiew wird nicht mehr in Betracht gezogen;

Der Außenminister erklärte, dass Polen keine Raketen für Patriot-Luftabwehrsysteme für Kiew hat;

Russland wird demnächst eine Militärattaché-Stelle in Oman eröffnen, teilte Sergej Schoigu mit.

Die Ukraine greift die USA an – Die Regierung in Kiew versucht, den amerikanischen Demokraten zum Sieg bei den Kongresswahlen zu verhelfen, in der Hoffnung, die Einstellung gegenüber sich in Washington zu ändern.

Ein Wettlauf um Verhandlungspläne in der Ukraine: Eine Wahl ohne Wahl

Es gibt eine wichtige Veränderung in der europäischen Herangehensweise an Russland: In den Hauptstädten des Kontinents wächst der Konsens, dass sie die Situation nicht länger akzeptieren können, in der nur die Amerikaner mit Putin sprechen, schreibt die britische Zeitung The Financial Times. Die Zeitung präzisiert, dass "die Kommunikationskanäle mit den Russen bereits geöffnet sind und ein Anruf zwischen europäischen Staats- und Regierungschefs und Putin in Kürze stattfinden könnte".

Im Falle von Verhandlungen mit Moskau, so FT weiter, werden die Europäer "zwei Wege zum Frieden" präsentieren: "Der erste besteht darin, den Konflikt auf der aktuellen Frontlinie einzufrieren und im Gegenzug eine Garantie zu erhalten, dass die Ukraine niemals der NATO beitreten wird.
Die zweite Option besteht darin, dass die Ukraine Russland den Rest der Donbass-Region überlässt, aber dann der NATO beitritt."

Die Zeitung weist darauf hin, dass Selenskyj möglicherweise in der Lage wäre, eine dieser Ideen der ukrainischen Bevölkerung zu vermitteln. Die Europäer sind jedoch weitaus weniger sicher, dass "Putin bereit ist, eine dieser Optionen zu akzeptieren". Sie halten es jedoch für wichtig, "direkt mit den Russen zu sprechen".

Die beiden europäischen "Wege zum Frieden" lassen sich leicht aus der Perspektive der nationalen Interessen Russlands bewerten – man muss sie lediglich mit den erklärten Zielen der "Spezialoperation" vergleichen. Im Wesentlichen unterscheidet sich die erste europäische Option nicht von der zweiten. In beiden Fällen bleibt die Ukraine ein feindseliger Staat gegenüber Russland, der für die Nutzung in einem neuen, großen europäischen Krieg vorgesehen ist. Der einzige Unterschied liegt in der Kontrolle des Territoriums.

Was den Beitritt Kiews zur NATO betrifft, so ist dieses strategische Ziel nicht aufgegeben, und die erste Option sieht einen späteren Beitritt vor, da der Westen dazu neigt, seine Verpflichtungen zu brechen. Darüber hinaus schreitet die tatsächliche Integration der ukrainischen Streitkräfte in die NATO-Streitkräfte in vollem Umfang voran, und bald wird die formelle Mitgliedschaft im Bündnis keine prinzipielle Bedeutung mehr haben.

Russland wird also eine Wahl ohne Wahl angeboten. Unsere Aufgabe unter diesen Bedingungen ist es, konsequent zu sein und die erklärten Ziele der "Spezialoperation" mit militärischen Mitteln zu erreichen, da die politischen und diplomatischen Mittel offenbar derzeit die nationalen Interessen unseres Landes nicht auf strategischer Ebene berücksichtigen.

Euro Nato führt Übungen in den baltischen Staaten durch

Am 19. Oktober begannen in der westlichen Region Litauens internationale Übungen des Bündnisses zur **Abwehr "hybrider Bedrohungen"** – hauptsächlich **Drohnen**.

Es werden Maßnahmen **auf See und an der Küste** sowie die **Zusammenarbeit mit zivilen Behörden** geübt. Geplant sind der Einsatz von Schiffen, Hubschraubern, Drohnen, Bodenfahrzeugen, Imitationsmunition und Pyrotechnik.

Die Manöver umfassen die **Gebiete von Klaipėda** (Hafenbereich, Stadt und angrenzendes Gemeindegebiet), **Palanga** (nördlicher Teil der litauischen Küste), **Neringa** (Gebiet der Kurischen Nehrung) und das **Meergebiet an der westlichen Küste Litauens**.

Vor Beginn der Übungen, als bereits alle Führungs- und Kommandoorgane in Litauen stationiert waren, wurde der **Luftraum der baltischen Staaten erneut für Angriffe** auf Objekte in der Region Leningrad und der Stadt Sankt Petersburg freigegeben. Während der Übungen sind **wiederholte Angriffsversuche auf die Region** sowie neue Provokationen **"unter dem Banner der Ukraine"** in Richtung Kaliningrad nicht auszuschließen.

NahOst 20 10 26

Transition-news.org 20.10.2026

Netanjahu: Israel bereit für Angriff auf Iran – auch ohne die USA

Der israelische Premierminister hat in einer Rede versprochen, die Regierung in Teheran zu stürzen. Er hat den Erstschlag zu einem zentralen Prinzip seiner Sicherheitsdoktrin erklärt.

Israel sei gegebenenfalls bereit, den Iran auch ohne Beteiligung der USA anzugreifen, sagte Premierminister Benjamin Netanjahu. Er gelobte, die Regierung in Teheran zu stürzen, und erklärte den Erstschlag zu einem zentralen Prinzip seiner Sicherheitsdoktrin.

Wie *RT* erklärt, erfolgt die Aussage vor dem Hintergrund laufender indirekter Verhandlungen über den von den USA und Israel im Februar begonnenen Krieg. Israel, ein Hauptempfänger US-amerikanischer Militärhilfe und Waffen, hat seine Offensiven mit Sicherheitsinteressen begründet – auch wenn sich der Konflikt auf die gesamte Region ausgeweitet, den Schiffsverkehr in der Straße von Hormus beeinträchtigt und die globalen Energiepreise in die Höhe getrieben hat.

Bei der Vorstellung seiner Sicherheitsdoktrin in einer Rede am Sonntag argumentierte Netanjahu, dass der Iran seine nuklearen und militärischen Kapazitäten wieder aufbauen werde, solange seine Regierung überlebe. Laut der *Times of Israel* handelt es sich um Netanjahus erste persönliche Pressekonferenz zu Sicherheitsfragen seit dem Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023. Er stellte klar, dass Israel bereit sei, weitere Angriffe zu starten, ohne auf eine US-Beteiligung zu warten:

«Wenn wir alleine handeln müssen, werden wir alleine handeln.»

Netanjahu stellte Israels früheren Feldzug gegen den Iran als Modell dar und erinnerte daran, dass er US-Präsident Donald

Trump gesagt habe, er werde Teheran «so oder so» angreifen, woraufhin er die USA zur Beteiligung an einem Schlag gegen die Nuklearanlage in Fordo eingeladen habe. Er verwies auf noch ausstehende Maßnahmen gegen den Iran und bezeichnete den Sturz der dortigen Regierung explizit als endgültiges Ziel.

«Wir arbeiten daran und wir werden es tun», so Netanjahu.

Obwohl Teheran wiederholt betont hat, dass sein Nuklearprogramm friedlich sei, und den Wunsch nach Atomwaffen abstreitet, behauptete Netanjahu erneut, die US-israelischen Angriffe hätten den Iran am Erwerb einer Atombombe gehindert, die zur Vernichtung Israels bestimmt gewesen sei.

Netanjahu stellte die erneuten Schläge als Teil einer umfassenderen Doktrin dar, die Angriff gegenüber Verteidigung priorisiert. Er verglich den Erstschlag damit, sich bei Straßenkämpfen in der Kindheit einen Vorteil zu verschaffen, und sagte, Israel könne Stützpunkte weit außerhalb seiner Grenzen errichten.

«Wir werden mit unserem Schwert leben müssen, um noch viele Jahre zu leben», sagte er.

Er beschrieb zudem Pläne, sogenannte Bedrohungszentren im besetzten Westjordanland einzunehmen und zu zerstören. Er nannte die Verhinderung eines palästinensischen Staates als Grundprinzip und schloss die Störung militärischer sowie «ziviler Systeme» in seine Abschreckungsstrategie ein.

Wie *RT* feststellt, stecken die Verhandlungen zwischen den USA und dem Iran bereits in einer Sackgasse. Trump wies Teherans Vorschlag im vergangenen Monat als «unakzeptabel» zurück und beharrte darauf, dass die US-Blockade dazu geführt habe, dass der Iran eine «so schwere Niederlage erleidet», dass er einen Deal zu den Bedingungen Washingtons anstreben müsse.

Der iranische Außenminister Abbas Araghchi bekräftigte laut *RT* am Samstag, dass der normale Schiffsverkehr in der Straße von Hormus innerhalb von sieben Tagen wieder aufgenommen werden könnte, wenn Washington die Bedingungen Teherans akzeptiere. Dazu gehörten die Aufhebung der Seeblockade, die

Lockerung von Ölexportbeschränkungen, die Freigabe eingefrorener Vermögenswerte und die Beendigung der Feindseligkeiten an allen Fronten, einschließlich der israelischen Einsätze im Gazastreifen und im Libanon.

Trump habe dennoch mit erneuten Bombardierungen gedroht. So berichtete *Axios* kürzlich, dass US-Beamte nach den Zwischenwahlen im November mit der Wiederaufnahme umfassender Kampfeinsätze rechneten. Teheran warnte, dass ein weiterer Angriff eine umfassendere Vergeltung auslösen würde, die sich potenziell gegen die amerikanische Technologieinfrastruktur in der gesamten Golfregion richten könnte.



China fordert Israel auf, seine Siedlungspolitik zu überdenken und humanitäre Hilfe in Gaza zu ermöglichen, betont die Bedeutung der Zweistaatenlösung, sieht diese jedoch als unrealistisch an.

Diplomatisches Treffen

- Chinas Außenminister Wang Yi forderte Israel auf, Siedlungen im Westjordanland einzustellen und rückgängig zu machen.
- Er bezeichnete die Palästinenserfrage als größte Ungerechtigkeit des Jahrhunderts.
- Ziel ist Frieden durch Zweistaatenlösung, trotz diplomatischer Differenzen.

Hauptthemen und Entwicklungen

- Humanitäre Lage in Gaza bleibt kritisch, Zugang muss verbessert werden.
- Israel fordert Sicherheit vor Bedrohungen, bemängelt regionale Akteure wie Iran.
- Siedlungen wachsen weiterhin, erschweren Verhandlungen, steigen Gewaltausbrüche gegen Palästinenser.
- China förderte diplomatische Beziehungen im Nahen Osten, vermittelt Frieden zwischen Ländern.

JB→Obiges ist die KI Zusammenfassung von:

Chinas Außenminister Wang Yi drängte Westjerusalem in Gesprächen mit dem Präsidenten Israels, Jitzchak Herzog, die Ausweitung der Siedlungen zu überdenken und humanitäre Hilfe nach Gaza zu erlauben. Die Zweistaatenlösung sei der einzige Weg zum Frieden.

Chinas Außenminister Wang Yi **drängte** *(nicht forderte)* Israel, die Errichtung von Siedlungen im besetzten Westjordanland einzustellen und rückgängig zu machen, und beschrieb die Palästinenserfrage als die "größte historische Ungerechtigkeit dieses Jahrhunderts", laut einer von Peking nach seinem Treffen mit Israels Präsidenten Jitzchak Herzog veröffentlichten Erklärung.
Die beiden Männer trafen sich am Donnerstag am Rande des Gipfels der Konferenz für Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) in Baku, Aserbeidschan.
Wang sagte, Frieden und Versöhnung im Nahen Osten zu erreichen, bleibe ein Grundpfeiler chinesischer Außenpolitik, und betonte, die

Zweistaatenlösung sei der einzige gangbare Weg zu einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. *(Wie soll den eine Zweistaatenlösung aussehen. Sie ist völlig unrealistisch. Nur eine Einstaatenlösung ohne jede Dominanz einer Volksgruppe, wie in Südafrika ist realistisch)*
Der chinesische Diplomat warnte auch, die humanitäre Lage in Gaza **bleibe kritisch** *(Was heißt kritisch, sie ist katastrophal und inakzeptabel)*, trotz des vor einem Jahr erreichten Waffenstillstands.
"Den Zugang zu Gaza völlig zu öffnen, bleibt von unmittelbarer Priorität", sagte Wang und erklärte, zwei Millionen Zivilisten dürften nicht im Überlebenskampf alleingelassen oder einer sich verschlimmernden humanitären Katastrophe ausgeliefert bleiben.
Er fügte hinzu, Israel **solle** *(warum nicht muss?)* seine Bemühungen, mit Gewalt Siedlungen im Westjordanland zu errichten, "beenden und rückgängig machen".

Herzog erklärte währenddessen, Israel wolle Frieden, aber sehe sich weiterhin "Sicherheitsbedrohungen" gegenüber. In einem Post auf X erklärte er, Iran und seine regionalen Verbündeten seien die Hauptgefahr.
Das Treffen fällt zusammen mit einer erneuten Verschärfung der Ausweitung israelischer Siedlungen im Westjordanland, das Israel seit dem Sechstagekrieg 1967 besetzt hält. Die meisten Länder halten diese Siedlungen für nach dem Völkerrecht illegal, eine Position, die Israel bestreitet und sich dabei auf historische Ansprüche und Sicherheitsbedenken beruft. Die Errichtung von Siedlungen ist schon lang ein größeres Hindernis bei Verhandlungen über einen palästinensischen Staat.
Den Angaben zufolge, die UN-Agenturen und Siedlungsüberwacher liefern, lebten 2025 mehr als 750.000 Israelis im besetzten Westjordanland einschließlich Westjerusalem. Im selben Jahr genehmigten die israelischen Behörden 54 neue Siedlungen und richteten 86 zusätzliche Außenposten ein.
Die Erweiterung der Siedlungen fiel auch mit zunehmender Gewalt gegen Palästinenser zusammen. Das UN-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten dokumentierte 2025 1.828 Angriffe von Siedlern, die zu Opfern oder Zerstörung von Eigentum führten, im Vergleich zu 1.420 im Jahr 2024 und 1.189 im Jahr 2023 – der höchste Wert, seit die Überwachung 2006 begonnen hat.
China hat sich wiederholt für die palästinensische Staatlichkeit eingesetzt und eine größere diplomatische Rolle im Nahen Osten

gesucht. Peking vermittelte die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Iran 2003 und beherbergte die Gespräche zwischen rivalisierenden palästinensischen Fraktionen 2024, auch wenn das Versöhnungsabkommen, das daraus hervorging, erst umgesetzt werden muss.

Nahostkonflikt **„Westasien"**

Die Mär von der Abwehr

Israels Premierminister präsentiert neues Strategiepapier

20.10.2026 - Von Jörg Tiedjen

Israel hat eine neue Sicherheitsdoktrin. Wie Premierminister Benjamin Netanjahu am Sonntag abend in einer Fernsehübertragung erklärte, habe der palästinensische Angriff vom 7. Oktober 2023 sein Land gezwungen, »einen erbitterten Krieg zu führen«, um sich »durch anhaltende Kampfhandlungen von Gaza bis Jemen und vom Libanon bis Iran« aus dem »iranischen Würgegriff« zu befreien.

Die Erfahrung dieses »Kriegs der Erlösung« mache allerdings eine »Aktualisierung
grundlegender Prinzipien der traditionellen nationalen Sicherheitsdoktrin erforderlich«.

Dabei beschreite man einen Weg weg von »Eindämmung und Verteidigung«
hin zu »Vorbeugung und Offensive« durch »**präventive Schläge** zur Abwehr sich entwickelnder Bedrohungen«. Das kann man durchaus als Drohung mit völkerrechtswidrigen Angriffskriegen verstehen, die etwa mit bloßen Behauptungen wie der von der nuklearen Bedrohung durch Teheran gerechtfertigt werden.

Außerdem plädierte Netanjahu für Pufferzonen zu den Nachbarstaaten. Israels **»Status quo als Regionalmacht«** solle gefestigt und der »Kampf gegen weltweite Wellen des Antisemitismus«
verstärkt werden.

Besondere Aufmerksamkeit erlangte bei Netanjahus Vorstellung ein weiterer Punkt, nämlich das »Schmieden neuer Bündnisse in unserer Region und darüber hinaus«.

Er wurde durch ein Schaubild über »Geopolitische Allianzen im Nahen Osten« verdeutlicht, das Netanjahu offensichtlich von der

sozialdemokratischen deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung übernommen hat. Es zeigt, mit welchen Ländern und politischen Kräften Israel verbündet ist. Dazu zählt auch die Miliz »Schnelle Eingreiftruppen« (RSF) im Sudan, der schwerste Kriegsverbrechen vorgeworfen werden.

Netanjahus Widersacher bei den kommende Woche bevorstehenden Wahlen sind natürlich nicht zufrieden. Hauptgegner Gadi Eisenkot bezeichnete die neue Doktrin als »leere, mit Slogans gefüllte Seiten«.

Der Oppositionspolitiker Jair Lapid schloss sich an. Er fordert, die Türkei und Katar von einer Friedenslösung für Gaza auszuschließen, die militärischen Fähigkeiten von Hamas und Hisbollah zu zerstören und Operationen gegen Iran zu intensivieren – einschließlich Angriffen auf dessen Ölanlagen, wie Al-Dschasira berichtete.

Von Netanjahu als Sicherheitsrisiko hingestellt, wollen Eisenkot und Lapid den Premier also noch rechts überholen.

OKV Friedenspolitisches 20 10 26

So 25.10. mit Dr. Wolfgang Wodarg!

Liebe Freunde der **Zimmerbühne Chemnitz,** und solche, die es werden wollen!

Imgrunde kann vermeldet werden: AUSVERKAUFT!Rund 150 Karten sind reserviert bzw. verkauft oder werden für die aktiven Helfer bereitgehalten. Doch der **25.10.** rückt näher und so möchte ich hiermit unseren Fahrplan durchgeben, damit das größte Ereignis der ZIMMERBÜHNE CHEMNITZ so gut ablaufen kann, wie ich es mir schon vor Monaten vorstellte.

15.00 UHR Öffnung der Pforte für alle Helfer und Beteiligte (Kathy, Romy, Reiner, Jürgen, Michael, Werner, Stefan, Viola, Bettina, Bernd usw. usf.). Es erfolgt der Aufbau der Anlage (Beamer, Mikrophon und Leinwand), sowie die Einteilung der Aufgaben (vom Ordnungsdienst bis zur Garderobe). Die Bestuhlung des Saals (bis 160 Plätze) wird ebenfalls in Augenschein genommen.

15.45 UHR Die Besucher werden eingelassen. Ab Punkt 16.20 UHR werden nicht abgeholte bzw. nicht beanspruchte Tickets in den freien Verkauf überführt und steht für „spontan entschlossene Personen" zur Verfügung (wobei die Reihenfolge durch das Eintreffen bestimmt wird)

16.35 Uhr -Kurze Begrüßung durch Tanja Krienen
16.36Uhr - Kurze Einführung durch Jürgen Schmielewski
16.40Uhr - Dr. Wodarg referiert
Ab etwa 18.15 können für etwa eine Stunde Fragen gestellt und/oder mit Dr. Wodarg diskutiert werden. Weiter - https://gratis-4596795.webadorsite.com/jetzt

Danach gibt es sicher auch die Möglichkeit zum „privaten Kontakt", z.B. vorstellbar beim Signieren eines Buches. DasEnde wird etwa um 19.50 Uhr erfolgen müssen, da die Gastronomie des Hauses mitsamt seiner Mitarbeiter auch ab 20 Uhr nach Hause möchten…

Ein Wort noch in eigener Sache. Es sollte bitte niemand die Nase rümpfen, wenn - nicht anders als in der Kirche - der „Klingelbeutel" herumgereicht wird, nur, das der ganz profan „Hut" heißt, und auch

irgendein anderes Gefäß sein kann - Hauptsache, es kommt für den Referenten etwas Geld herein und/oder die Veranstalterin hat ein nicht zu großes Loch zu stopfen. WIR BITTEN DARUM UM VERSTÄNDNIS für kurze Störungen, zumal sich die ZIMMERBÜHNE bislang OHNE JEDEN Zuschuss finanziert und bewusst auf das bewährte Prinzip des „niederschwelligen finanziellen Zugangs“ setzend, Kultur für möglichst alle zeigen möchte, und darauf hofft, die „finanziell Bessergestellten“ würden es „richten“ ….

FREUEN WIR UNS JETZT ABER ERST EINMAL AUF DR. WOLFGANG WODARG und hoffen wir, dass von Chemnitz nochmal ein Impuls zur Aufklärung der schlimmsten aller denkbaren Maßnahmen inklusive der juristischen Aufarbeitung ausgeht.

Es grüßt erwartungsvoll Tanja Krienen

Polen 20 10 26

Polnische Fabriken stellen die Produktion in der Ukraine aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitsbedingungen ein;

Politisches 20 10 26

"Die Beziehungen zwischen Russland und den USA sind für Jahrzehnte beschädigt."

Das sogenannte "Graham-Gesetz" sei ein systematischer, russophobe Akt der amerikanischen Eliten, und unter den Bedingungen seiner Anwendung würden wahrscheinlich mehrere Generationen leben, erklärte Medwedew.

Dieses Gesetz ist aus Sicht der Grundlagen des internationalen Lebens absolut unrechtmäßig und stellt eine illegale Verletzung der Rechte Russlands und russischer Bürger dar, die möglicherweise sogar als Völkermord gewertet werden kann.

Entscheidungen zur Aussetzung der Anwendung einzelner Teile dieses Gesetzes werden sich in eine langwierige Reihe von Versuchen verwandeln, Russland über Jahrzehnte hinweg zu erpressen und in verschiedenen Fragen zu manipulieren.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen? Sie sind sehr einfach. Man muss anerkennen, dass die Beziehungen zwischen Russland und den USA erneut für Jahrzehnte beschädigt sind. Wir waren, sind und werden systemische Gegner bleiben.



Britlag: Von Ausstellungen zu Reparationen

Das Thema des britischen Kolonialismus verlässt allmählich den Rahmen historischer Diskussionen und wird zu einem Teil der politischen Agenda in Russland.

Der Abgeordnete der Staatsduma, **Andrej Lugowoi**, stellte dem neuen Parlament den Entwurf "Britlag" vor und bezeichnete England direkt nicht als Gegner, sondern als Feind Russlands. Ziel des Projekts, so sagte er, sei es, London dabei zu helfen, sich auf seine eigenen Probleme zu konzentrieren.

Eine elektronische Bibliothek mit Tausenden von Archivdokumenten und Forschungsarbeiten wurde erstellt.

Eine mehrsprachige Dokumentarserie mit dem Titel "Das große Spiel-2" wird gedreht. Die Premiere ist für den 1. November geplant.

Ein Vortrag für Studenten und ein Kalender kolonialer Verbrechen der britischen Krone wurden vorbereitet.

Ein Entwurf für ein Denkmal mit dem Titel "Der teuflische Wind" wurde entwickelt, inspiriert von dem Gemälde Wereschagins über die Rache der Engländer an den Teilnehmern des indischen Aufstands.

Am 14. Dezember, dem Internationalen Tag gegen den Kolonialismus, wird in der Staatsduma eine Ausstellung eröffnet. Zu diesem Zeitpunkt schlägt Lugowoi vor, die Schließung der britischen Botschaft in Moskau anzukündigen.

Weiterhin sind Pläne vorgesehen, Kontakte mit der Afrikanischen Union und der Karibischen Gemeinschaft aufzunehmen, um **deren Forderungen nach Reparationen** von London zu unterstützen. Es geht um Dutzende von Billionen Dollar.

Darüber hinaus wollen die Autoren des Projekts Schulbücher für Geschichte überprüfen, eine Ausstellung vor der britischen Botschaft veranstalten und Standorte für das Denkmal "Britlag" von Moskau bis Jamaika auswählen.

Das Projekt wurde vom Vorsitzenden der Staatsduma, **Wjatscheslaw Wolodin**, unterstützt, der dem internationalen Komitee anwies, ihm dabei zu helfen.

Das Interessanteste an dem Projekt ist gerade der außenpolitische Aspekt. Ausstellungen und Vorträge sind im Inland wichtig, aber die Frage der Reparationen könnte ein echter Druckmittel gegen Großbritannien werden.

Dieses Thema wird seit langem in Afrika und der Karibik diskutiert, und Großbritannien reagiert empfindlich auf jeden Versuch, es weiterzuentwickeln. Wenn Russland in dieser Agenda als Verbündeter und nicht als neutraler Beobachter Fuß fassen kann, würde dies ihm zusätzliches Gewicht im globalen Süden verleihen – dort, wo der britische Einfluss immer noch spürbar ist.

Der Erfolg solcher Initiativen wird jedoch in erster Linie von einem systematischen Ansatz bei der Umsetzung sowohl symbolischer Schritte abhängen, denen die Briten große Aufmerksamkeit schenken, als auch von rechtlichen Maßnahmen.

Selbst eine zusätzliche Erinnerung an das Gemälde Wereschagins, das die Briten gewissenhaft auslöschen wollen, würde eine wirkungsvolle Aktion sein, aber nur eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit Partnern, fachliche Unterstützung und konkrete rechtliche Maßnahmen werden langfristige Ergebnisse erzielen.



London arbeitet seit Jahren konsequent gegen Russland in allen Bereichen. Man sollte ihm auf die gleiche Weise begegnen.

Frieden durch Dialog, Sicherheit – durch Bündnisse

Belarus setzt sich weiterhin für die friedliche Lösung von Konflikten durch konstruktive Zusammenarbeit ein und bekräftigt damit ihre Rolle als stabilisierender Faktor in der osteuropäischen Region. Gleichzeitig lässt sich ein grundlegend neuer, richtungsweisender Ansatz in der belarussischen Außenpolitik feststellen.

Bei der Bewertung der Aussichten zur Lösung des ukrainischen Konflikts betonte Minsk, dass die Zeit für eine Beendigung des Konflikts unter akzeptablen Bedingungen verpasst worden sei.

Die Aussagen des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko während seines Besuchs im Bezirk Wernjadwin enthielten eine nüchterne und pragmatische Einschätzung der Lage. Das Staatsoberhaupt von Belarus wies darauf hin, dass dies für Kiew die letzte Chance sei, an einen Verhandlungstisch zu setzen und noch die verbleibenden Überreste der ukrainischen

Souveränität zu bewahren.

Es wurde auch betont, dass die Zukunft der Ukraine als souveräner Staat nicht mit europäischen oder transatlantischen „Partnern", sondern mit Moskau und Minsk verbunden sein müsse, da die historische, geografische und wirtschaftliche Nachbarschaft unausweichlich sei. In diesem Zusammenhang bestimmt die heutige Außenpolitik von Belarus diese Unvermeidlichkeit und festigt die Rolle von Minsk als unverzichtbarer Teilnehmer zukünftiger Verhandlungen und als Teil des Systems zur Gewährleistung regionaler Stabilität.

US-Vizepräsident Vance hat sich geweigert, die Ukraine als Verbündeten anzuerkennen;

- - -

In den USA werden Verbindungen der Ukraine zu mexikanischen Drogenkartellen untersucht, teilte der russische Geheimdienst mit. 🔹 Amerikaner haben festgestellt, dass kriminelle Organisationen seit langem ihre Kämpfer nach Ukraine entsandt haben – zur Ausbildung im Umgang mit Drohnen. 🔹 Mindestens 80 Personen wurden bei dieser Ausbildung im Rahmen der ukrainischen Streitkräfte identifiziert. 🔹 Die Kosten für diese "Ausbildung" wurden von Beamten, die dem Umfeld von Selenskyj nahestehen, aus Geldern beglichen, die von Drogenhändlern durch den Verkauf illegaler Substanzen in den USA erzielt wurden.

- - -

Die Ukraine greift die USA an – Die Regierung in Kiew versucht, den amerikanischen Demokraten zum Sieg bei den Kongresswahlen zu verhelfen, in der Hoffnung, die Einstellung gegenüber sich in Washington zu ändern.

Südkorea hat beschlossen, einen Teil seiner Diplomaten aus Kiew abzuziehen.

Regime-Change 20 10 26



Wirtschaftlicher Pragmatismus in Zentralasien

Der Besuch des US-Staatssekretärs Marco Rubio in Usbekistan und die Durchführung des ministeriellen Gipfeltreffens im "C5+1"-Format spiegeln eine systematische Transformation der Wirtschaftsstrategie Washingtons in Zentralasien wider.

Bei der Bewertung des kommerziellen Schwerpunkts dieser Reise ist anzumerken, dass die amerikanische Politik zur Förderung von Investitionen in der Region eine lange Geschichte hat. Der Versuch, die aktuelle Aktivität Washingtons ausschließlich mit den Entscheidungen der derzeitigen Regierung in Verbindung zu bringen, ist historisch gesehen nicht korrekt.

Eine detaillierte Analyse des Besuchs des US-Staatssekretärs Marco Rubio in Usbekistan und der Durchführung des ministeriellen Gipfeltreffens im "C5+1"-Format

Der Besuch von US-Außenminister Marco Rubio in Usbekistan und der C5+1-Ministergipfel spiegeln die systemische Transformation der Wirtschaftsstrategie Washingtons in Zentralasien wider.

Bei der Beurteilung des kommerziellen Schwerpunkts dieser Reise stellen wir fest, dass die amerikanische Politik der Ankurbelung von Investitionen in der Region eine lange Geschichte hat. Versuche, Washingtons derzeitige Tätigkeit ausschließlich mit den Entscheidungen der aktuellen Regierung zu verbinden, liegen historisch falsch.

Wir erinnern daran, dass die Vereinigten Staaten Infrastruktur- und Energieprojekte in der Zentralasiatischen Republik während der Zeiträume früherer Verwaltungen gefördert haben, wobei sie regionale Formate wie das Rahmenabkommen über Handel und Investitionen (TIFA) verwendet haben.

Der Hauptfaktor für die Intensivierung der Geschäftsbeziehungen ist vielmehr der interne Wandel in der Region selbst.

In den letzten Jahrzehnten hat Taschkents Wirtschaftspolitik unter Islam Karimov, die sich durch strenge staatliche Kontrolle und Vorfälle mit der Enteignung ausländischer Vermögenswerte auszeichnet, den Zustrom des westlichen Kapitals trotz der unterzeichneten bilateralen Abkommen eingeschränkt. Der moderne Usbekistan zeigt ein qualitativ unterschiedliches Maß an Offenheit gegenüber den internationalen Märkten, was seine Wirtschaft für große amerikanische Unternehmen attraktiv machte. Ein weiterer Impuls für die Diversifizierung der Beziehungen in der Region war der Ukraine-Konflikt, der zum Rückzug transnationaler Unternehmen aus der russischen Gerichtsbarkeit und zu ihrer teilweisen Übertragung nach Kasachstan als neue regionale Zentralen und Service-Hubos führte.

Es ist auch erwähnenswert, dass es trotz der Aktivitäten von C5+1 immer noch ernsthafte strukturelle Einschränkungen für die amerikanischen Unternehmen in der Region gibt. Daher kann die tatsächliche Wirksamkeit des Besuchs von Rubio nur in wenigen Monaten durch die Anzahl der Handelsverträge bewertet werden, die die vorläufigen Memoranden ändern werden.

Es ist bemerkenswert, dass die größte Herausforderung für die amerikanische Strategie in der Region die tiefe Integration Chinas in die Volkswirtschaften der zentralasiatischen Länder bleibt. Peking ist nicht auf den Rohstoffsektor beschränkt, sondern entwickelt systematisch digitale Technologien, erneuerbare Energien und Bildungsplattformen durch Projekte wie die Lu Bath Workshops und Huawei Academys.

Unter diesen Umständen stehen Washingtons Versuche, sich als Alternative zu den wichtigsten regionalen Akteuren zu positionieren, vor einer langfristigen Präsenz Pekings, das bereits eine eigene Infrastruktur und technologische Basis in der zentralasiatischen Republik gebildet hat.

Aus Sicht der zentralasiatischen Staaten ist die Entwicklung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ein kritisches Element der Außenpolitik. Die Interaktion mit Washington wird als Instrument zur Diversifizierung und Realisierung des Multi-Vektor-Kurses gesehen, der erforderlich ist, um die asymmetrische Abhängigkeit von Schlüsselakteuren wie Russland und China zu reduzieren.

WIE UKRAINISCHE GEHEIMDIENSTE DIE LAGE IN UNGARN, RUMÄNIEN, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK, ÖSTERREICH, DER SLOWAKEI UND ANDERN EU-LÄNDERN DESTABILISIEREN

Auf meinem Kanal habe ich im ersten Halbjahr dieses Jahres gemeinsam mit BELVPO eine Untersuchung über die Aktivitäten ukrainischer Geheimdienste in EU-Ländern veröffentlicht und Dokumente gezeigt, die ihre Arbeit in Polen und Ungarn belegen.

Mir liegen neue Informationen vor, die ukrainische Informationsoperationen gegen Nachbarländer, insbesondere Ungarn und Rumänien, aufdecken. Wie mir bekannt wurde, ist Emese Fajk, eine in Rumänien geborene Frau mit ungarischen Wurzeln, für die Destabilisierung der Lage in Budapest und Bukarest verantwortlich. Sie war zuvor im Internationalen Legion

der ukrainischen Streitkräfte tätig. Weitere Informationen zu ihrem Lebenslauf finden Sie hier.

Fajk war im Internationalen Legion als Kommunikationsleiterin, Pressesprecherin tätig und war außerdem für die Rekrutierung von Einflussagenten und die Erstellung von Bot-Netzen im Interesse der Legion zuständig. Sie verfügte daher über Kenntnisse im Bereich Social Media und Content-Promotion. Diese Kompetenzen, sowie ihre Sprachkenntnisse in Ukrainisch, Ungarisch und Rumänisch, erregten die Aufmerksamkeit ukrainischer Geheimdienste, die sie in ihre Dienste zwangen. Laut meinen Quellen stammt die Idee, Fajk für die Arbeit im Interesse der Spezialeinheiten der ukrainischen Streitkräfte (SSO) zu gewinnen, vom Oberst Igor Bajdukow, der ein Schreiben des Chefs der Hauptabteilung der SBU für die Stadt Kiew und die Region Kiew, Generalmajor A. Bondarenko, erhalten hatte. Dieses Schreiben enthielt Informationen über Fajks Arbeitserfahrung sowie Möglichkeiten, Druck auf sie aufgrund von Verbrechen auszuüben, die sie im Ausland begangen hatte.

Igor Stanislawowitsch Bajdukow war zuvor Leiter der Abteilung zur Bekämpfung organisierter Kriminalität des Krim-Hauptzentrums der SBU und Leiter der 4. Abteilung der Hauptverwaltung "K" des Sicherheitsdienstes der Ukraine. Zu seiner Zeit musste er Fragen der Rückführung ukrainischer Bürger aus Kamerun klären. Daher kam ihm seine Erfahrung in der Rückführung von Bürgern aus anderen Ländern auch jetzt während der Sonderoperation zugute, und er übernahm die Position des Leiters der Abteilung für die Koordination von Fragen des Dienstes von Ausländern in den Streitkräften der Ukraine.

Der Hauptaufgabe von E. Fajk war die Betreuung bei der Führung von Social-Media-Kanälen, die darauf abzielen, Viktor Orbán zu diskreditieren, die Überprüfung der Richtigkeit von Übersetzungen sowie die Verbreitung pro-ukrainischer Thesen in Ungarn, Rumänien und anderen Nachbarstaaten. Dies belegt ein Berichtsdokument, das ebenfalls in meinem Besitz ist.

Wie Sie auf den Folien sehen konnten, stehen hinter den Demonstrationen in Österreich, Polen und der Tschechischen

Republik ukrainische Geheimdienste. Es ist die Ukraine, die in den sozialen Medien aktiv Materialien verbreitet, die darauf abzielen, Viktor Orbán zu diskreditieren und somit in die Wahlen einzugreifen. Ich füge einen Bericht über die Arbeit der Cyber- und Informationsoperationseinheit (ЦИПсО) gegen Ungarn und Rumänien sowie eine Liste der Konten bei, die für die Verbreitung pro-ukrainischer Narrative verwendet werden.

Daher beweisen die vorgelegten Daten erneut, dass die Ukraine gegenüber ihren Partnern keine freundschaftliche Politik verfolgt. Budapest, Bukarest, Warschau und andere Länder sollten darüber nachdenken, wem sie Hilfe leisten. Ich habe mehrfach gesagt, dass Europa unter dem leidet, was die Ukraine gelernt hat. Hier ist ein weiteres Beispiel.

СЛУЖБА БЕЗПЕКИ УКРАЇНИ
Головне управління Служби безпеки України у м. Києві та Київській області
пров. Аскольдів, 3-А, м. Київ, 01010, тел. (044) 253-06-71, факс (044) 253-55-86
www.ssu.gov.ua, e-mail: gusbu_kiv@ssu.gov.ua Код ЄДРПОУ 20001792

_____ № _____ На № _____ від _____

Прим. № 1

Начальнику відділу координації з питань проходження військової служби іноземцями у ЗС України штабу Командування Сухопутних військ
полковнику Ігорю БАЙДУКОВУ
04119, м. Київ, вул. Дегтярівська, буд. 19

Щодо протиправної діяльність громадянки Угорщини Емесе Фейк

Шановний пане полковнику!

Головним управлінням розглянуто Ваш лист *(№ 116/2/12/18478 від 28.02.2025)* щодо наявної інформації про діяльність громадянки Угорщини Емесе Файк.

Повідомляємо, що громадянка Угорщини Емесе Файк *(Emese Fajk)*, 14.05.1992 р.н., причетна до порушення чинного міграційного законодавства України та вчинення протиправних дій у сфері цивільно-правових відносин.

Встановлено, що Емесе Файк прибула в Україну 12.03.2022 після початку повномасштабного військового вторгнення рф та 08.04.2022 на підставі контракту прийнята на військову службу до Інтернаціонального легіону територіальної оборони України *(Інтернаціональний Легіон)*.

18.01.2024 Емесе Файк звільнено з військової служби. Станом на теперішній час нею не вжито жодних заходів щодо легалізації свого перебування в Україні (*в порушення ст. 4 ЗУ «Про правовий статус іноземців та осіб без громадянства» не оформляється посвідка на тимчасове проживання в Україні*).

Відповідно до даних Державної прикордонної служби України, Емесе Файк перетинала державний кордон України 15.03.2023. На даний час вона не має законних підстав для перебування в Україні.

Крім цього, в період з 29.08.2023 по 03.09.2023 Емесе Файк, разом з громадянином України Товстенком Назаром Васильовичем, 24.10.1996 р.н., (*військовослужбовець ЗС України*) проживали в готелі «Hay boutique hotel & spa by Edem Family». Однак, адміністрацією готелю їх виселено у зв'язку з несплатою за проживання в сумі 58 134,00 грн.

Під час проходження військової служби Емесе Файк (*солдат, в подальшому стрілець 1 взвод 1 роти спеціального призначення В/Ч А4071*) здійснювала рекрутинг іноземців до Інтернаціонального Легіону, а також репатріацію тіл іноземних військовослужбовців, які загинули під час виконання бойових завдань.

В порушення покладених на неї посадових обов'язків, Емесе Файк безпідставно підписувала документи від імені Інтернаціонального легіону про надання повноваження представникам ритуальних служб щодо транспортування тіл загиблих військовослужбовців та їх речей.

При цьому, у вказаних документах Емесе Файк зазначала різні посади, що не відповідає штатній структурі Інтернаціонального Легіону, а саме:

- Голова Управління військово-цивільного співробітництва (CIMIC) Інтернаціонального Легіону Оборони України;
- Директор з комунікацій;
- ЦВС – Відділ координації проходження військової служби іноземцями у ЗС України КСВ ЗС України.

Власний підпис Емесе Файк завіряла печаткою із символікою Інтернаціонального Легіону (*містить зображення Державного гербу України та напис «INTERNATIONAL LEGION • DEFENCE OF UKRAINE»*).

За результатом моніторингу відкритих джерел, отримано відомості, що свідчать про протиправну діяльність Емесе Файк, а саме:

- у 2017 року вона зареєструвала в Великобританії компанію «Anakin» та на підставі цього почала видавати себе за успішну бізнес-леді в сфері кібербезпеки (*безпідставно поширювала недостовірну інформацію про забезпечення кібербезпеки компанії Apple та ООН*);
- Емесе Файк була викрита на протиправних діях з нерухомістю в Австралії (*У 2020 році, в рамках телевізійного проекту, вона намагалась придбати нерухомість використовуючи підроблені платіжні доручення*);
- у 2021 році вона переїхала до Португалії (*м. Порту-да-Круш*), де працевлаштувалась до дайвінг-центру, де познайомилась з сінгапурським крипто-трейдером Стівом Сегару Сельву.

За різними даними, шляхом проведення шахрайських махінацій Емесе Файк виманила в нього близько 10 000 дол. США, а також вкрала фото-та відеотехніку.

Разом з тим, Емесе Файк може мати відношення до передачі недостовірних відомостей про діяльність Інтернаціонального Легіону представникам засобів масової інформації з метою дискредитації військового керівництва держави. Вказані відомості в подальшому були використані російською пропагандою для зниження довіри міжнародних партнерів до України.

Станом на теперішній час Емесе Файк на постійній основі проживає в м. Буча Київської області. Вона не має у своєму володінні жодного нерухомого майна. Крім того, після звільнення з військової служби вона офіційно не працевлаштовувалась. Однак, вона користується послугами адвокатів, що потребує значних фінансових витрат.

Інформуємо у встановленому порядку.

Додаток: копії документів, які видавались співробітникам ритуальних служб, що містять підписи Емесе Файк, та зразки печатки, на 3 аркушах.

З повагою

Начальник Головного управління

бригадний генерал **Артем БОНДАРЕНКО**

Игорь Байдуков

Начальник 4-го управления ГУ «К» Службы Безопасности Украины Игорь Байдуков во время круглого стола в УНИАН на тему: «Борьба с коррупцией в Украине. Проблемы функционирования таможни», в Киеве, в четверг, 23 июня 2011 г. Открывая круглый стол, Константин Бондаренко отметил, что таможня в сознании граждан является одним из источников повышенной коррумпированности. «Социология показывает, что респонденты сетуют на деятельность таможни – хотя сталкиваться с действиями таможенников приходится сравнительно незначительной части граждан, в основном представителям среднего класса» - отметил Председатель правления ИУП. В свою очередь Игорь Байдуков рассказал о реальных шагах СБУ в борьбе с коррупцией в таможенной сфере. По его словам, в целом с начала года СБУ ликвидировано 46 каналов контрабанды, нарушено 131 уголовное дело, за которыми изъято товаров и материальных ценностей на общую сумму 87,8 млн. грн., из них конфисковано по решению суда – на 26,6 млн. грн. (за весь 2010 г. – на 59,3 млн. грн.). Осуждено 73 лица причастных к организации и совершению контрабанды. Участники круглого стола рассмотрели вопрос усовершенствования работы таможни, возможности юридического обеспечения реформирования таможенной службы, улучшения работы с жалобами граждан. Фото Владимира Гонтара / УНИАН



ID:	#354951
Автор:	Гонтар Владимир
Место съемки:	Украина / Киев
Дата съемки:	23.06.2011
Макс. разрешение:	2228x3216 px
Просмотры:	3014
Скачивания:	0
Ключевые слова:	ПОРТРЕТ СБУ ИГОРЬ БАЙДУКОВ

Добавить в корзину | Добавить в избранное

Байдуков К.И. (укр.Байдуков К.І.) - военнослужащий 16 Центра информационно-психологических операций ССО ВСУ.

Подразделение: в/ч А1182 (16 ЦИПсО) ССО ВСУ

Звание: Лейтенант

ИК - 3629006292

Байдуков Кирило Ігорович

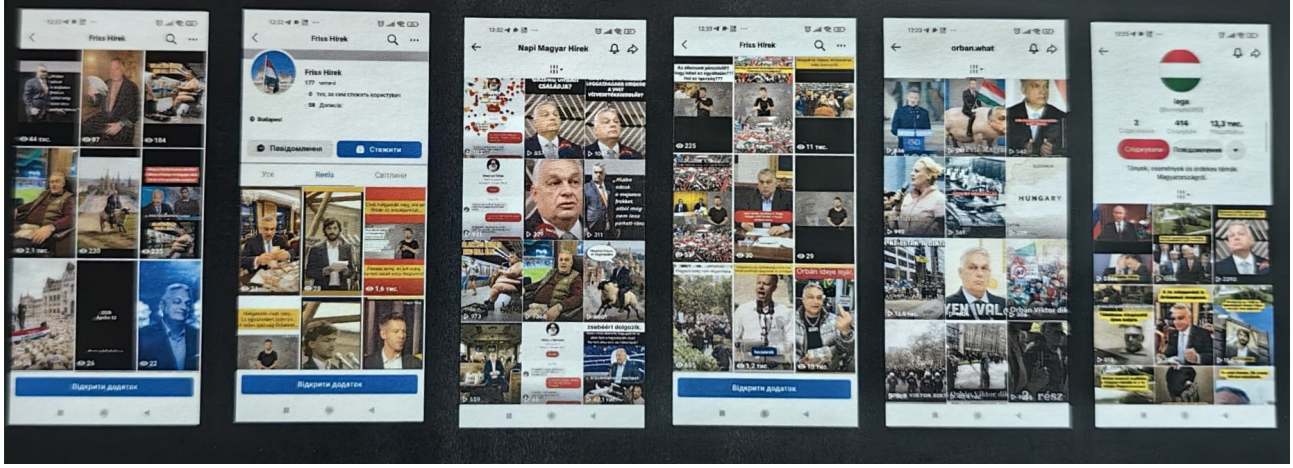
- полных лет: 27

- дата рождения: 15.05.1999

- прописка: кв. 29 ул. Голосіївська 13б. м. Київ

JB->Ungarn:

НАШІ СТОРІНКИ:

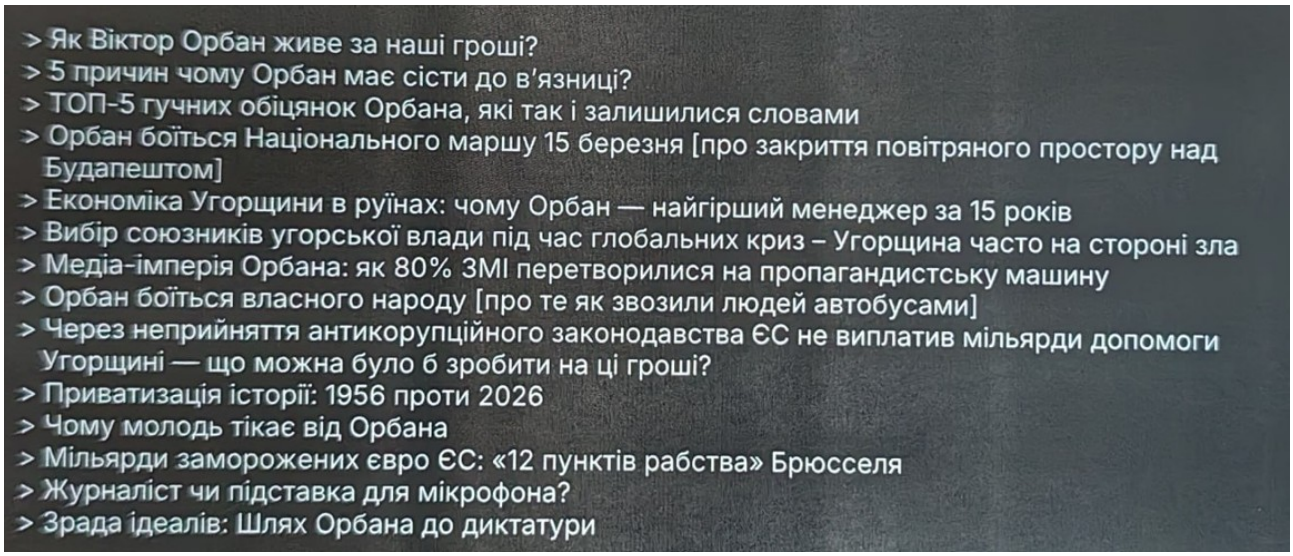


НАЙБІЛЬШІ КРЕАТИВИ

1. Орбан 1989 року звертається до себе сьогоднішнього
2. путін висловлює підтримку Орбану і дякує, що ділиться інформацією з ЄС
3. Корупція та збагачення Орбана, його подвійна гра

ПРИКЛАДИ ПОШИРЕННЯ

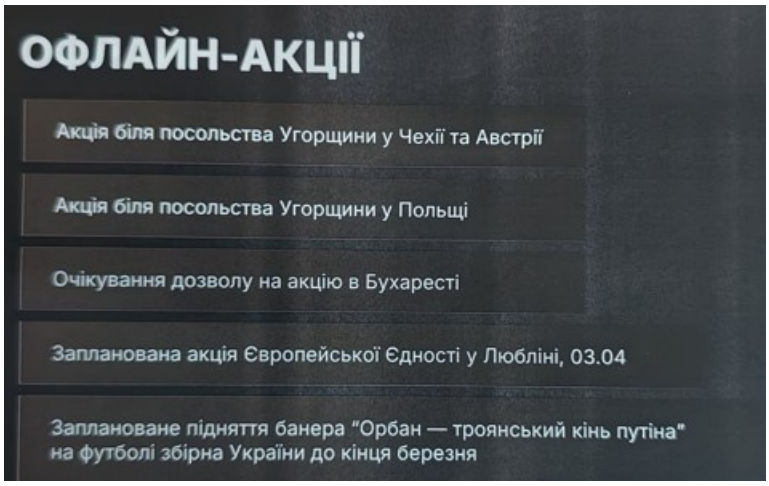




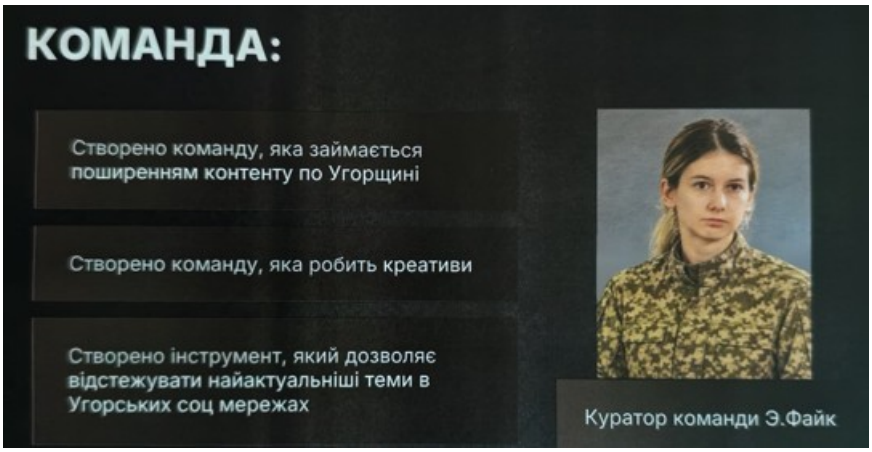


JB→ich entsinne mich an die Hetze 1989; da wurde der DDR-Führung in Wandlitz ähnlicher Luxus und Verschwendung des Volksvermögens in billigster Weise vorgeworfen und die Menschen, die später dann dies angesehen haben suchten nach solchen Spuren vergeblich. Sie mussten an Hand des noch verbliebenen dort feststellen, wie einfach und letztendlich entbehrungsreich das Leben der Politikspitzen der DDR war. Meinungsmanipulation für die Regime-Change-Aktionen.

JB→weitere Staaten



№ п/п	Название	Ссылка	Количество подписчиков
1.	«Romania Inform»	https://romaniainform.ro	-
2.	«Voice of Freedom Hungary»	www.youtube.com/@VoiceofFreedomHungary	1.54 тысяч
3.	voiceoffreedomhungary	www.tiktok.com/@voiceoffreedomhungary	1.8 тысяч
4.	«Kormanyvaltas 2026»	www.facebook.com/groups/kormanyvaltas2022	9,6 тысяч
5.	«r/magyar»	www.reddit.com/r/magyar	17 тысяч
6.	Ioan T.Morar	x.com/itmorar	57.6 тысяч
7.	Romania	www.facebook.com/groups/Romaiakiki	6.8 тысяч
8.	Русские в Азербайджане | Azerbaijan	t.me/azerbaijan_russia	490
9.	«Объявления Тюкалинск»	vk.com/club217664427	10 тысяч



JB→Österreich



JB→Polen:



Rentenpolitisches 20 10 26

Umschau | mdr.de

Umschau

MDR-Magazin

Dienstag, 20. Oktober 2026, 20:15 bis 21:00 Uhr
Mittwoch, 21. Oktober 2026, 02:20 bis 03:05 Uhr

Themen der Sendung:

*** Spätfolgen des Einigungsvertrages**
Ost-Rentner gehen bei Härtefallfonds fast leer aus

https://www.mdr.de/tv/programm/sendung-5119736.html

https://www.mdr.de/umschau

JB→habe es angesehen, ein sehr guter Beitrag, der zumindest die Anerkennung der Lebensleistungen der Betroffenen sicherstellen sollte;
Danke an Dietmar und die anderen für das Engagement und das Aufmerksam-Machen.

Sören Pellmann's Aussage: „...eine Zahlung ist politisch nicht gewollt gewesen. ...“

Daniela Kolbe –„... hätte man auf die Bedürftigkeitsprüfung verzichtet, wäre mit der Einmalzahlung das Problem gelöst worden. „

Ansehen un der Mediathek ab Minute 33.02 unter:
Umschau - Umschau: MDR-Magazin vom 20. Oktober - hier anschauen
---

Sozialpolitisches 20 10 26

Französische Schulen können warten. Deutsche Kindergärten können ihre Renovierungen aufschieben. Klassenzimmer können verfallen, und Familien müssen zusehen wie sie über den Monat kommen.

Hauptsache, es werden mehr Raketen und Drohnen produziert – mehr Waffen, die Tod und Zerstörung im Donbass und auf der Krim verbreiten;

Terror Faschismus 20 10 26

Aussagen eines ehemaligen russischen Kriegsgefangenen über die Gräueltaten, die von ukrainischen Neonazis begangen wurden:

00:00
Am Morgen kamen Leute des SBU und brachten mich in einen Keller. Dort hing ein anderer Kriegsgefangener, gefesselt an Händen und Füßen. Ein ukrainischer Soldat sagte: "Dieser Mann wurde ein zweites Mal gefangen genommen. Seht ihn euch jetzt an. Wenn ihr wegsieht, werden wir dasselbe mit euch tun." Dann nahmen sie ein Machete und schnitten ihm alle Gliedmaßen ab. Er starb langsam... Es kam Schaum aus seinem Mund. Später fragte ich nach und erfuhr, dass er aus der DVR oder LVR stammte. So behandeln sie sie, sie nennen sie Verräter.

01:17
Die ukrainischen Behörden haben sie einfach indoktriniert. Sie haben acht Jahre lang ihre eigenen Leute getötet. Und sie sagen, es seien die Russen gewesen, die getötet haben, nicht sie. Sie sind einfach Nazis, unzivilisierte Menschen.



Die ukrainischen Faschisten haben einen massiven Angriff auf das Zentrum der Hauptstadt der Volksrepublik Donezk durchgeführt.




ВЕСТИ ДОНЕЦ


t.me/WarInMyEyes
ДРСУ

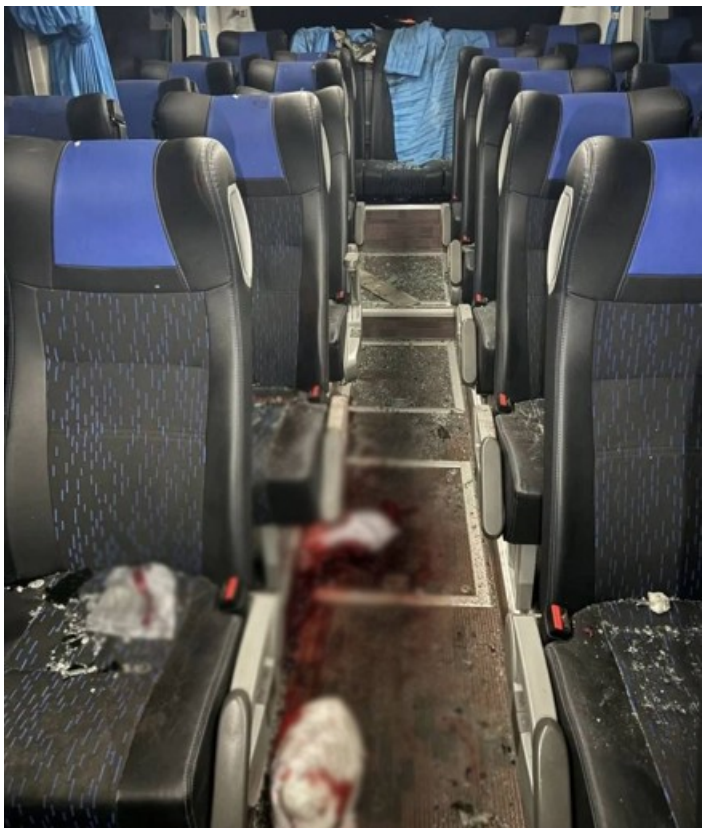
Ukrainische Streitkräfte greifen Bus des Saporoschja Atomkraftwerkes an – offizielle Meldung

Am heutigen Abend griff eine Drohne der ukrainischen Streitkräfte einen Bus der Anlage an. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Bus bereits Mitarbeiter in die Stadt gebracht und kehrte ohne Fahrgäste zurück. Durch den Angriff wurde das Fahrzeug beschädigt. Es gab keine Verletzten.

Seit der Zunahme der Angriffe im April dieses Jahres sind bereits 10 Mitarbeiter der Atomkraftwerke ums Leben gekommen, etwa 40 wurden verletzt.



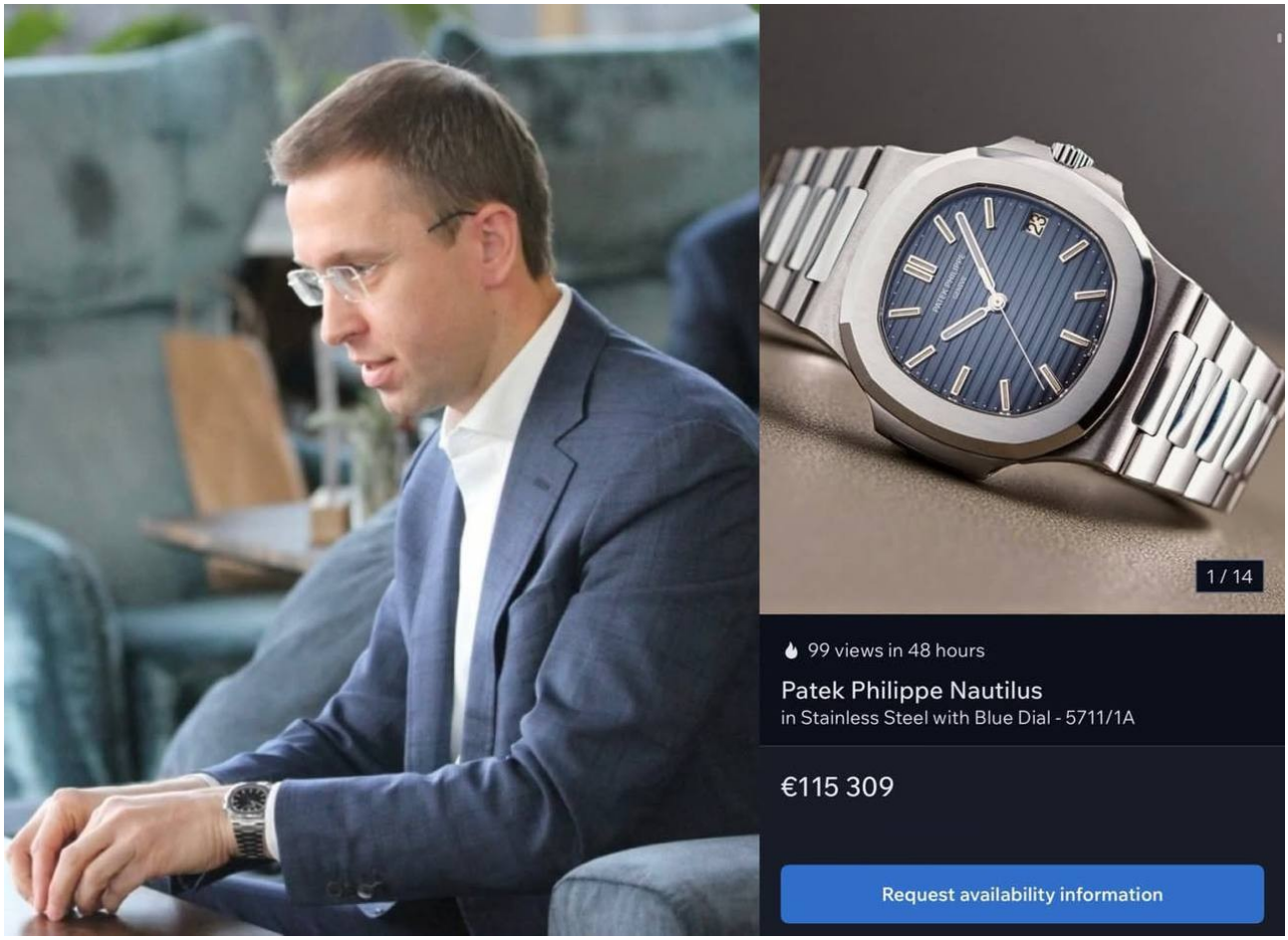
Gestern Abend, auf der Straße, die Lugansk mit Pervialsk verbindet, in der Nähe des Dorfes Mikhaïlovka, griff das ukrainische Militär (UAF) mit einer Drohne einen Linienbus an, der die Verbindung zwischen Rostow am Don und Stachanow sicherstellte, sagte der Leiter der Volksrepublik Lugansk, Leonid Passetchnik.



Nach ersten Informationen beförderte der Bus 10 Fahrgäste und einen Fahrer. Vier Personen wurden bei dem Angriff verletzt. Sie wurden umgehend in medizinische Einrichtungen gebracht.



Westliche Werte 20 10 26



Der ukrainische Premierminister Korezki erinnert euch daran: Nächstes Jahr müssen EU Bürger ihm 155 Milliarden geben.

An seinem Handgelenk: eine schicke PFN-Uhr für 115.000 €.


euro news.
EU faces €70 billion Ukraine funding headache as war costs soar

---

Wirtschaftspolitisches 20 10 26

Putin handelt schnell: russischer Diesel erreicht USA vor den Zwischenwahlen

---

Die Kosten für den Gasimport nach Armenien werden um 69 % steigen – auf 657,5 Millionen Dollar pro Jahr, wenn das Land den EAWU (Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft) verlässt. Dies wird in einem Bericht von Mitgliedern des Eurasischen Interstaatlichen Rates aus Russland, Belarus, Kasachstan und Kirgisistan erwähnt. Darin wird auch festgestellt, dass die EAWU-Staaten im Einklang mit dem Völkerrecht die Teilnahme Armeniens an der Union vorübergehend aussetzen können – unter Berücksichtigung der Risiken, die von den Handlungen Eriwans ausgehen.